



Niedersachsen. Unsere Heimat. Unsere Zukunft.

**Landesprogramm des Landesverbandes Niedersachsen
der Alternative für Deutschland**

beschlossen auf dem Landesparteitag der AfD Niedersachsen
am 6. und 7. Mai 2017 in Hannover.



Landesverband Niedersachsen

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Stichworte	3
I. Präambel – Wofür wir stehen.....	9
II. Grundwerte	10
III. Politische Inhalte der AfD Niedersachsen	12
1. Bürgerrechte stärken – Volksabstimmungen erleichtern	12
2. Finanzielle Unabhängigkeit für Land und Gemeinden	16
3. Die Verwaltung dient dem Bürgerwohl	20
4. Wirtschaft stärken – Beschäftigung fördern	23
5. Infrastruktur modernisieren und ausbauen	31
6. Energieversorgung in Niedersachsen	34
7. Unsere Landwirte schützen – Höfesterben beenden	39
8. Der AfD-Sozialpakt	46
9. Die Familien sind das Herz und die Zukunft unserer Nation	54
10. Gesundheitsversorgung sichern – Strukturen modernisieren	58
11. Bildung ist Zukunft – unser Bildungssystem wiederaufbauen	64
12. Zukunft erforschen, Überlieferung bewahren.....	71
13. Massenzuwanderung stoppen – Identität schützen.....	77
14. Wir stärken unsere Landespolizei nachhaltig	84
15. Verbrechen bekämpfen – Demokratie schützen.....	87
IV. Wie wollen wir arbeiten?	93

Stichworte

Inhaltsverzeichnis.....	2
Stichworte	3
I. Präambel – Wofür wir stehen.....	9
II. Grundwerte	10
Unsere Identität bewahren.....	10
Diskussionskultur beleben und Demokratie stärken.....	10
Marktwirtschaft erneuern und soziale Verantwortung ernst nehmen	10
Staatliche Aufgaben wieder erfüllen.....	11
Wir Niedersachsen	11
III. Politische Inhalte der AfD Niedersachsen	12
1. Bürgerrechte stärken – Volksabstimmungen erleichtern	12
Das Instrument der Volksabstimmungen stärken.....	12
Kommunale Selbstverwaltung stärken und ausbauen	12
Zurück zur klaren Gewaltenteilung.....	13
Wahlverfahren den Vorgaben der Landesverfassung anpassen.....	13
Parteienfinanzierung deckeln und den Landtag verkleinern	13
Amtszeitbegrenzung wider das Berufspolitikertum.....	14
Stellen im öffentlichen Dienst fair ausschreiben.....	14
Privilegien von Abgeordneten abschaffen.....	14
Fraktionszwang beenden.....	14
Den Einfluss von Interessengruppen wirksam einschränken	14
Transparente Gesetze mit Erfolgskontrolle und Verfallsdatum.....	15
Kein Übermaß von Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Landtag	15
2. Finanzielle Unabhängigkeit für Land und Gemeinden.....	16
Föderalismus und Gemeinschaft stärken.....	16
Die Finanzhoheit der Kommunen stärken.....	16
Ein transparentes und gerechtes Steuersystem.....	16
Steuerpflicht für alle Gewinne und Einkommen durchsetzen	17
Bisherige Förderpraxis beenden.....	17
Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben	17
An die Kommunen übertragene Aufgaben vollständig finanzieren	18
Den Missbrauch unserer Sozialsysteme unterbinden	18
Steuer- und Abgabenbremse einführen	19



Landesverband Niedersachsen

Staatsverschuldung abbauen – Schuldenbremse verankern	19
3. Die Verwaltung dient dem Bürgerwohl	20
Gesetze auf den Prüfstand stellen	20
Effektiv zum Wohle der Bürger	20
Entscheidungskompetenz der Verwaltung stärken	20
Verwaltung in der Fläche stärken	21
Chancen der Digitalisierung nutzen	21
Verfahren beschleunigen – Planungssicherheit schaffen	21
Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen	22
Steuerverschwendung und unkontrollierte Ausgaben vermeiden	22
Keine politischen Beamten in Behörden	22
4. Wirtschaft stärken – Beschäftigung fördern	23
Die soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard wiederbeleben ...	23
Industriestandort Niedersachsen sichern	23
Wirtschaft und Hochschulen verzahnen, Hochtechnologie stärken	24
Den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft stoppen	24
Bürokratieabbau sichert und schafft Arbeitsplätze	25
Freie Unternehmer – Schluss mit Bevormundung	25
Benachteiligung beseitigen - Gleichmacherei beenden	25
Schluss mit EU-Vergaberichtlinien – einheimische Betriebe zuerst	25
Wirtschafts- und Exportförderung als Anschubhilfe mit Erfolgskontrolle	26
Klare Herkunftsangaben auf Produkten	27
Keine Sanktionen zu Lasten unserer Wirtschaft	27
Regionale Bankeninfrastruktur erhalten	27
Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten	27
Wohneigentumsquote erhöhen	28
Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt	28
IHK und Handwerkskammer neu ordnen	28
Mythos Fachkräftemangel	29
Reserven aktivieren und besser qualifizieren	29
Das duale System als zentrale Säule der Ausbildung stärken	29
Der Meister zählt, hohe Standards erhalten	30
Die Auswanderung deutscher Fachkräfte stoppen	30
Lohnzuschläge für Zeitarbeit	30
5. Infrastruktur modernisieren und ausbauen	31
Verkehrsinfrastrukturaufgaben an die Einnahmen koppeln	31
Dauerbaustellen vermeiden – Aufträge intelligent ausschreiben	31
Gleiche Wettbewerbsbedingungen im Transportgewerbe!	32

Schiene und Straße verbinden	32
Schluss mit der ideologiegeleiteten Verkehrspolitik	32
Die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ist unwirtschaftlich	32
Straßen und Schienen im Staatsbesitz	33
Bahn modernisieren – Engstellen beseitigen	33
Gewerbe, Logistik und Industrie optimal anbinden.....	33
6. Energieversorgung in Niedersachsen	34
Die bisherige Klimaschutz-Politik ist falsch	34
Energieerzeugung am Bedarf orientieren	34
Keine Gängelung der Bürger durch nutzlose Gesetze	35
Keine neuen Subventionsmonster – Elektromobilität ist Marktsache	36
Kernenergie als verlässlichen Grundlaststromproduzenten beibehalten	36
Forschung und Entwicklung der Kernenergietechnik wieder aufnehmen ...	37
Der Notwendigkeit der Endlagerung ehrlich ins Auge sehen	37
Fossil befeuerte Kraftwerke bleiben unverzichtbar.....	37
7. Unsere Landwirte schützen – Höfesterben beenden	39
Landwirtschaft ist Mittelstand	39
Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringen.....	40
Kein globaler Wettbewerb ohne Chancengleichheit.....	40
Bodenspekulation entgegenwirken	41
Brüsseler Bürokratie beenden	41
Förderung grundsätzlich auf Familienbetriebe ausrichten	42
Wir stehen für Tierschutz und fairen Wettbewerb	42
Schächten ist Tierquälerei und gehört verboten.....	42
Keine unnötigen Tierversuche	42
Kein Freifahrtschein für Gentechnik in der Landwirtschaft	43
Sauberes Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge.....	43
Unsere Fischer wirksam unterstützen.....	43
Die Gängelung der Forstwirtschaft beenden	43
Wir erkennen den positiven Wert der Jagd an	44
Aufwertung von Brachflächen in bebauten Gebieten	44
Verbraucher schützen.....	44
8. Der AfD-Sozialpakt	46
Wir wollen positive Zukunftsaussichten	46
Der AfD-Sozialpakt	46
Beschäftigung durch Qualifizierung	46
Müttern die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern.....	47
Eine ehrliche Arbeitsmarktstatistik schaffen.....	47

Wir stehen zum Mindestlohn.....	48
Hartz-IV-Gesetze nachjustieren.....	48
Sozialhilfe nur für Bedürftige.....	48
Grundsätzliches zur Rente	49
Eine gemeinsame Rentenversicherung ohne Privilegien	49
Rentnern Zuverdienste erleichtern – keine Abzüge	50
Das Existenzminimum ist kein Spekulationsobjekt.....	50
Bezahlbares Wohnen fördern	50
Alternative Wohnformen ausbauen.....	50
Landflucht in Niedersachsen beenden	51
Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen	51
Die Idee der Bürgerbusse vorantreiben	52
Das Gemeinwesen auf dem Lande fördern.....	52
Kulturförderung nur für staatstragende Organisationen	52
9. Die Familien sind das Herz und die Zukunft unserer Nation	54
Familien wieder die gebührende Anerkennung geben	54
Betreuung und Erziehung möglichst familiennah leisten	54
Fehlentwicklungen in der Demografie entgegenwirken	54
Nach einer Trennung Sorgerecht für beide Eltern.....	55
Alleinerziehende unterstützen.....	55
Beratung und Ermutigung für junge Paare.....	55
Frühe Familiengründung auch im Studium erleichtern	56
Familien mit Kindern finanziell vielfältig fördern	56
Rentenanwartschaften durch Kindererziehung	56
Kinderarmut bekämpfen – Bündnisse für benachteiligte Kinder	57
Jugend- und Sozialhilfe: Fördern und Fordern.....	57
Das Leben auf dem Lande für Familien fördern	57
10. Gesundheitsversorgung sichern – Strukturen modernisieren.....	58
Effizienz und Menschlichkeit sind kein Widerspruch	58
Medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen	58
Hebammen aktiv unterstützen	58
Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln	59
Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung	59
Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern	60
Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache	60
Prävention durch Gesundheitserziehung ist gut angelegtes Geld	60
Den Kommunen die Durchführung von Prävention ermöglichen.....	60
Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens	60

Personalausstattung mit Pflegepersonal verbessern	61
Fachleute in die Aufsichtsgremien, keine verdienten Genossen	61
Antibiotikastrategie forcieren.....	61
Impfpflicht nur im Notfall, im Regelfall stattdessen Impfberatung	61
Palliativmedizin ausbauen	61
Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld.....	62
Stationäre Pflege durch klare Fokussierung verbessern	62
Pflegeberufe stärken	62
11. Bildung ist Zukunft – unser Bildungssystem wiederaufbauen	64
Welche Ziele Schule haben soll.....	64
Wie Lernerfolge gelingen.....	64
Was Schule nicht leisten kann und soll.....	64
Ganztagsschulen lösen nicht unsere Probleme	65
Der Mensch beginnt nicht mit dem Abitur: berufliche Bildung stärken	65
Ein klares Profil für jede Schulform und jede Schullaufbahn	65
Leistung einfordern, Schwächen sichtbar machen.....	66
Die Unterrichtssprache ist Deutsch.....	66
Schulen entbürokratisieren, Lehrer unterrichten lassen	67
Nicht in die ureigenen Rechte der Familien eingreifen	67
Höflichkeit, Fleiß und Disziplin einfordern	67
An den Grundschulen wieder richtig Lesen und Schreiben lernen	68
Grundschul-Englisch streichen, Leistung einüben, Dorfschulen bewahren	68
Integrierte Gesamtschulen kritisch betrachten	68
Förderschulen wiederherstellen, Inklusion begrenzen	69
Haupt- und Realschulen stärken.....	69
Gymnasien klar auf Leistung ausrichten	69
Lehrer gezielt auswählen, schulformgerecht und vertieft ausbilden	70
12. Zukunft erforschen, Überlieferung bewahren.....	71
Unser zukünftiger Lebensstandard hängt an der Wissenschaft	71
Akademische Ausbildung am Bedarf orientieren.....	71
Den gescheiterten Bologna-Prozess rückabwickeln	72
Hochschulen stärken	72
Lehrveranstaltungen in deutscher Sprache abhalten	73
Verstand statt Ideologie	73
Die Hochschulfinanzierung verbessern.....	74
Forschung und Entwicklung für unser Land fördern.....	74
Abwanderung von Forschung und Wissenschaftlern beenden.....	75
Kooperation von Wissenschaft und Mittelstand vertiefen	75



Landesverband Niedersachsen

Kulturelle Überlieferung lebendig erhalten	75
Musikschulen haben einen besonderen Nutzen	76
13. Massenzuwanderung stoppen – Identität schützen.....	77
Wir haben ein Recht auf unsere Identität	77
Deutschland ist kein Einwanderungsland	77
Verfassungswidrige Asylzuwanderung beenden.....	78
Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen	78
Die Massenzuwanderung erfolgt in die Sozialsysteme	79
Die Belastung der Sozialsysteme verringern – Lohndumping verhindern ..	80
Deutsche Leitkultur durchsetzen.....	81
Unsere Freiheit steht über dem Islam	81
Sonderrechte für fremde Staatsbürger abschaffen	82
Missbrauch des Demonstrationsrechts beenden	82
Polygamie und Kinderehen verhindern	82
14. Wir stärken unsere Landespolizei nachhaltig	84
Polizisten fair bezahlen	84
Polizeidirektionen abschaffen	85
Wir stärken unsere Kriminalpolizei.....	85
Die Landespolizeischule wiederherstellen	85
Schnell Kräfte verfügbar machen: Flächendirektionen auflösen.....	85
Die Polizei hat einen polizeilichen Auftrag, keinen politischen	86
Wir stärken die öffentliche Ordnung und stellen uns vor unsere Polizei	86
15. Verbrechen bekämpfen – Demokratie schützen.....	87
Die Terrorgefahr beseitigen	87
Sicherheitsbehörden schlagkräftig aufstellen	88
Für eine konsequente Strafverfolgung	88
Der Schutz der Bevölkerung hat Vorrang	89
Für einen konsequenten Strafvollzug.....	90
Die politische Freiheit schützen	90
Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte sichern	91
Jugendstrafjustiz beschleunigen, damit sie erzieherisch wirkt.....	91
Jugendstraftäter nachhaltig resozialisieren	91
Die Streitschlichtung neu ordnen – Gerichte entlasten	92
IV. Wie wollen wir arbeiten?	93



Landesverband Niedersachsen

I. Präambel – Wofür wir stehen

Wir vereinen Bürger aus allen gesellschaftlichen Bereichen unserer Nation und vertreten die Interessen des deutschen Volkes im Sinne unseres Grundgesetzes. Wir sind überzeugte Demokraten und stehen auf dem Wertefundament unserer Kultur und Tradition: Im Bewusstsein und in der Wertschätzung unserer langen und reichen Geschichte, unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer gewachsenen Sprache wollen wir unsere landsmannschaftliche Kultur bewahren und eine bessere Zukunft für unser Land Niedersachsen gestalten.

Wir sind die Partei der Freiheit, der Eigenverantwortung und der sozialen Marktwirtschaft. Wir fördern objektive wissenschaftliche Erkenntnisse und stellen sie in den Dienst des Gemeinwohls, dem wir uns verpflichtet fühlen. Wir sind davon überzeugt, dass die größtmögliche persönliche und wirtschaftliche Freiheit diesem Gemeinwohl am besten dient. Außerhalb der staatlichen Kernaufgaben wird jeder Euro, der im Vermögen des Bürgers verbleibt, innovativer und kreativer investiert, als durch die Hand jedweder öffentlicher Verwaltung.

Die Politik der Altparteien hingegen hat sich in den letzten Jahrzehnten konsequent gegen die tragenden Säulen unserer Gesellschaft gerichtet: Selbständige, Facharbeiter und Familien werden durch die derzeit noch tonangebende Klasse aus Politik, Medien, Kirchen und Gewerkschaften vernachlässigt oder geradezu verachtet: Die Bürger sollen arbeiten, zahlen und schweigen. Ihre Einkommen werden durch Steuern und Abgaben abgeschöpft, ihre Ersparnisse werden verschwendet, ihre Zukunft verspielt. Wer Missstände beim Namen nennt, wird von selbsternannten Moralisten diffamiert und zum Schweigen gebracht.

Wir beugen uns diesen Denk- und Sprechverböten nicht. Deshalb wollen wir als AfD eine sachliche und vernunftorientierte Diskussionskultur wiederherstellen. Als Bewegung freier und verantwortungsbewusster Bürger aus der Mitte der Gesellschaft setzen wir uns für einen nachhaltigen Wandel der Politik und für eine grundlegende Erneuerung der Demokratie ein. Hierbei wollen wir die Verantwortung nicht immer weiter zentralisieren, sondern wo immer möglich und sinnvoll uns Bürgern zurückgeben. Dies ist das bewährte, aber von den Altparteien aufgegebenes Subsidiaritätsprinzip.

Unterstützen Sie die Alternative für Deutschland.



II. Grundwerte

Unsere Identität bewahren

Wir werden unsere deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft und unsere gelebten Traditionen dauerhaft erhalten. Sie sind die Quelle des Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins unseres Volkes. Wir wollen, dass nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder und Enkel langfristig in unserem Land mit deutscher Mehrheit und mit deutscher Leitkultur leben können.

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken die Familien.

Diskussionskultur beleben und Demokratie stärken

Wir stehen im Geiste der Aufklärung und widerlegen Moralisten durch unsere Sachargumente. Die Wissenschaft steht über der Ideologie.

Wir treten für die direkte Demokratie ein. Als ‚Partei des gesunden Menschenverstandes‘ setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger.

Wir wollen eine klare Gewaltenteilung auf allen Ebenen unseres Staates. Die Trennung von Amt und Mandat ist geeignet, eine unkontrollierte Ausübung von Staatsgewalt zu verhindern.

Marktwirtschaft erneuern und soziale Verantwortung ernst nehmen

Wir bekennen uns zur sozialen Verantwortung der Gemeinschaft. Daher sind wir auch die Partei der einfachen Menschen und wollen die wachsende Spaltung der Gesellschaft überwinden.

Als Partei der Freiheit und der sozialen Marktwirtschaft stehen wir für Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit ein und lehnen Gleichmacherei ab. Freiheit und Eigenverantwortung gehören zusammen.

Basis für die langfristige Sicherung unseres Wohlstandes ist ein breit aufgestellter, starker Mittelstand. Daher stehen wir für den freien Wettbewerb unter eindeutigen und gerechten Regeln, die auch durchgesetzt werden.



Landesverband Niedersachsen

Wir schützen unsere Facharbeiter vor Lohn- und Sozialdumping.

Wir stehen für gesunde Lebensmittel, leistungsfähige bäuerliche Familienbetriebe und die Rückkehr der Landwirtschaft in die nationale Verantwortung.

Staatliche Aufgaben wieder erfüllen

Wir gehen sorgfältig mit den Steuereinnahmen um, verringern die Staatsverschuldung und beenden die Verschwendung.

Wir machen unser Bildungssystem wieder so leistungsfähig, dass es den unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnissen der Schüler gerecht wird.

Wir setzen uns für eine wehrhafte Demokratie sowie einen schlanken Rechtsstaat ein und verschaffen dem Gesetz wieder uneingeschränkte Geltung.

Wir bekämpfen die Feinde der Demokratie, seien es ideologische und religiöse Fanatiker, kriminelle Einzeltäter oder Banden.

Wir Niedersachsen

Wir bewahren als Niedersachsen unsere landsmannschaftliche und kulturelle Identität.

Wir wollen die vielfältige niedersächsische Kultur- und Naturlandschaft erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für uns und für zukünftige Generationen.

Wir stehen für ein Niedersachsen als ein starker Partner in einem Europa der Vaterländer und in der Welt. Die vielfältigen internationalen Beziehungen unseres Bundeslandes sind ein wichtiger Faktor für Kultur, Sport, Wissenschaft und Wirtschaft.

III. Politische Inhalte der AfD Niedersachsen

1. Bürgerrechte stärken – Volksabstimmungen erleichtern

Nach der niedersächsischen Verfassung geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Dieses übt es durch Wahlen und Abstimmungen aus. Dabei wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung nur mit. Wir wollen diese rechtsstaatlichen Anforderungen erfüllen, indem wir nachfolgende Änderungen anstreben:

Das Instrument der Volksabstimmungen stärken

Wichtigstes Element sind Volksabstimmungen in Form von Volksbegehren und Volksentscheiden in Bund, Land und Kommune. Dies gilt ohne jede Einschränkung, also auch für haushaltsrechtliche Entscheidungen. Denn so, wie das Haushaltsrecht der Parlamente historisch erkämpft wurde, um die Ausgabenlust der Fürsten zu dämpfen, ist es heute notwendig, durch den Souverän – die Bürger Deutschlands – die Ausgabenlust der Parlamente zu bändigen. Wir treten deshalb für verbindliche Volksabstimmungen (obligatorische Referenden) bei Verfassungsänderungen und bei jeder Übertragung oder Rückholung von Souveränitätsrechten ein. Ebenso treten wir für Volksabstimmungen ein, die auf Antragsinitiative von 2,5% der wahlberechtigten niedersächsischen Bürger der letzten Wahl durchzuführen sind (fakultative Referenden). Da es kein Beteiligungsquorum bei Parlamentswahlen gibt, lehnen wir dieses auch für Volksabstimmungen ab.

Volksabstimmungen auf Veranlassung der Landesregierung sind nicht zulässig.

Kommunale Selbstverwaltung stärken und ausbauen

Föderalismus heißt auch, regionale kulturelle Unterschiede zu wahren (Art. 29 Abs.1 S.1 GG). Wir werden daher die kommunale Selbstverwaltung ausbauen und stärken und die zunehmende Fremdbestimmung der Bürger durch Land, Bund und EU abbauen.

Wir setzen uns auch für ein Mitentscheidungsrecht der Gemeindevertretungen wie auch aller Bürger in allen Belangen ein, welche die Gemeinden oder Landkreise unmittelbar berühren.



Landesverband Niedersachsen

Die Bürger sollen selbst entscheiden dürfen, welche Leistungen sie mit welchem Steuerbetrag finanzieren wollen. Die Kosten für übertragene Aufgaben sind vollständig durch den Übertragenden zu übernehmen.

Zurück zur klaren Gewaltenteilung

Wir wollen eine klare Gewaltenteilung. Jedwede Vermengung der drei Gewalten ist aufzulösen und dauerhaft zu unterbinden. Dies erfordert die Trennung von Amt und Mandat. Mitglieder der Exekutive dürfen nicht zugleich Mitglied der Legislative sein.

Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern aller Ebenen und Gerichtshöfe sowie von Staatsanwälten beenden und für die Zukunft ausschließen. Dazu ist die Selbstverwaltung auszubauen, indem wir einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat einrichten im Sinne des Modellvorschlags des Deutschen Richterbundes.

Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft werden wir beenden.

Wahlverfahren den Vorgaben der Landesverfassung anpassen

Nach der Niedersächsischen Verfassung sollen die Mitglieder des Landtages in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden.

Daher streben wir ein Wahlrecht an, das diesen Anforderungen auch gerecht wird. Wir wollen gewährleisten, dass jede Stimme gezählt wird und ein gleiches Gewicht hat. Möglichkeiten der Umsetzung sind u. a. die Einführung der freien Listenwahl durch Kumulieren und Panaschieren, die Berücksichtigung der Erststimmen bei unterlegenen Direktkandidaten und die Vermeidung von Überhangmandaten.

Parteienfinanzierung deckeln und den Landtag verkleinern

Sowohl die direkte als auch die indirekte Parteienfinanzierung sind zu deckeln. Dies betrifft Wahlkampfkostenerstattungen und Stiftungen. Über eine Veränderung sollen die Wähler in Verbindung mit einer Landtagswahl entscheiden.

Das Parlament ist keine Versorgungsanstalt für „verdiente Parteimitglieder“. Daher lehnen wir die weitere Erhöhung der Abgeordnetenzahl des Landtages ab. Wir wollen stattdessen die Anzahl der Landtagsabgeordneten reduzieren.



Landesverband Niedersachsen

Amtszeitbegrenzung wider das Berufspolitikertum

Zur Vermeidung von Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernden Strukturen und Lobbyismus fordern wir eine Amtszeitbegrenzung für Landtagsabgeordnete auf höchstens vier Legislaturperioden. Diese Regelung gilt nicht für direkt gewählte Abgeordnete.

Stellen im öffentlichen Dienst fair ausschreiben

Gemäß Grundgesetz hat jeder Deutsche gleiche Zugangschancen zu jedem öffentlichen Amt. Wir werden durchsetzen, dass alle Besetzungen von Ämtern im öffentlichen Dienst und in öffentlich dominierten Unternehmen – insbesondere in Führungspositionen – über öffentliche Stellenausschreibungen transparent und nachprüfbar vorgenommen werden. Die Parteizugehörigkeit darf hierbei kein Entscheidungskriterium sein.

Privilegien von Abgeordneten abschaffen

Wir streben bei der Bezahlung von Parlamentariern eine Regelung an, die jegliche Privilegierung – auch hinsichtlich der Altersvorsorge – abschafft. Entsprechende Aufwendungen sollten stattdessen durch eine angemessene Gestaltung des Diätenbetrags abgegolten werden, um qualifizierte Leistungsträger für die Parlamentsarbeit zu gewinnen.

Fraktionszwang beenden

Die Mitglieder des Landtages sind gemäß Landesverfassung nur ihrem Gewissen unterworfen. Fraktionszwang oder Fraktionsdisziplin sind verfassungswidrig. Daher sind alle wesentlichen Abstimmungen in geheimer und freier Wahl durchzuführen.

Den Einfluss von Interessengruppen wirksam einschränken

Die Mitglieder des Landtages vertreten das ganze Volk. Wir werden daher dafür Sorge tragen, dass der Einfluss von Interessengruppen auf unsere Abgeordneten wirksam eingeschränkt wird.

Wir fordern außerdem, dass alle Abgeordneten verpflichtet werden, die gleichen Korruptionspräventionsregeln wie die Landesverwaltung einzuhalten, sämtliche Interessenkonflikte anzuzeigen und alle Nebentätigkeiten in einem Register offenzulegen.



Landesverband Niedersachsen

Transparente Gesetze mit Erfolgskontrolle und Verfallsdatum

Neue Gesetze ziehen meist eine Reihe zusätzlicher Verordnungen und Vorschriften auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen nach sich. Einerseits sichert dies die Umsetzung gesetzlicher Inhalte. Andererseits steigt dadurch die Komplexität des Verwaltungshandelns immer weiter an. Deswegen sollen gesetzliche Regelungen zukünftig eine zeitlich begrenzte Gültigkeit haben und erst nach Prüfung der Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit hinsichtlich des Regelungszieles unbefristet verabschiedet werden dürfen.

Im Rahmen der Erstellung von Gesetzesvorlagen ist öffentlich zu dokumentieren, welche Interessengruppen an deren Erstellung beteiligt gewesen sind.

Kein Übermaß von Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Landtag

Gemäß Landesverfassung kann die Wählbarkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes zahlenmäßig beschränkt werden. Dieser Artikel soll bis auf Weiteres angewendet werden.

Die Schlechterstellung der Selbständigen und unselbständig Beschäftigten gegenüber den Beamten, denen exklusiv das Ruhen ihres Dienstverhältnisses zusteht, ist ungerecht. Es hat zur Verbeamtung der Parlamente geführt. Hier werden wir Abhilfe schaffen.



2. Finanzielle Unabhängigkeit für Land und Gemeinden

Föderalismus und Gemeinschaft stärken

Wir als AfD werden uns dafür einsetzen, den Föderalismus und die Selbstbestimmung der Länder und Gemeinden zu stärken. Wir stehen zum Subsidiaritätsprinzip, wonach Aufgaben immer so weit nach unten delegiert werden, wie dies möglich und sinnvoll ist.

Dieses für die AfD sehr wichtige Prinzip staatlicher Organisation findet sich in allen Bereichen unseres Programms wieder.

Wir wollen, dass zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Aufgaben klar getrennt und auch die Steuereinnahmen dementsprechend auf die Ebenen verteilt werden (Aufgaben- und Finanzverantwortung in einer Hand).

Zudem fordern wir, dass durch turnusmäßige Wirtschaftlichkeitsanalysen die Finanzierung übernommener Aufgaben überprüft wird.

Die Finanzhoheit der Kommunen stärken

Bei einer Neuordnung des Steuer- und Sozialrechts werden wir uns dafür einsetzen, dass Steuereinnahmen verstärkt der untersten Ebene zugesprochen werden, damit diese mehr und bürgernähere Entscheidungsspielräume bekommen.

Unsere Reformvorstellungen schließen auch die Gewerbesteuer und die Umsatzsteuer ein. Dass damit einhergehend auch die Verteilung der Einnahmen über die Ebenen neu geordnet werden muss, ist selbstverständlich und hat wie zuvor beschrieben aufgabenbezogen zu erfolgen.

Wir befürworten einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern und zwischen den Kommunen in einem Rahmen von einigen Prozentpunkten, aber nicht außerhalb einheitlicher Gesetze und Regelungen.

Ein transparentes und gerechtes Steuersystem

Wir wollen ein zukunftsweisendes Steuersystem in Deutschland. Wir sind bereit, dieses gemeinsam mit allen demokratischen Parteien und sachorientierten Organisationen, wie dem Bund der Steuerzahler, zu erstellen.

Ein eigenes Steuererhebungssystem für die EU lehnen wir kategorisch ab.



Landesverband Niedersachsen

Steuerpflicht für alle Gewinne und Einkommen durchsetzen

Wir fordern nach dem Vorbild der USA eine Steuerpflicht für alle deutschen Staatsbürger, insbesondere auch für jene, die ihren Wohnsitz in die Schweiz, nach Monaco u.s.w. verlegt haben. Zudem wollen wir, dass in Deutschland erzielte Gewinne künftig hier besteuert werden müssen. Wir wollen daher internationale Steuerschlupflöcher schließen, die Verschiebung von Gewinnen unterbinden und dies insbesondere auch auf Ebene der EU durchsetzen.

Bisherige Förderpraxis beenden

Subventionen wirken auf Dauer wie eine Droge, die die Leistungsbereitschaft der Empfänger reduzieren und die Lasten der Mehrheit erhöhen.

Wir werden dafür sorgen, dass Subventionen reduziert, auf einen möglichst kurzen Zeitraum befristet und standardmäßig durch Wirtschaftlichkeitsanalysen überprüft werden. Zudem darf nur ein begrenzter und verantwortlicher Personenkreis die jeweiligen Bewilligungen erteilen oder Gelder freigeben.

Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben

Aktuell werden ideologische und religiöse Vereine fast unisono als gemeinnützig eingestuft, obwohl sie vollkommen einseitig und nicht selten gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung gerichtet agieren.

Wir wollen die privilegierte Gemeinnützigkeit auf solche Vereine und Verbände beschränken, deren gesellschaftliches Interesse aus dem Grundgesetz abgeleitet werden kann und die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bejahen. Mit uns gibt es keine Unterstützung mehr für:

- verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppen, wie die Antifa,
- Islamverbände,
- Gender Mainstreaming und sexuelle Vielfalt,
- Anti-Kapitalismus-Projekte,
- linke Pazifismusforschung,
- die Förderung illegaler Einwanderung,
- die Verhöhnung der Opfer von Straftaten durch „Täter-Opfer-Ausgleich“ etc.,
- Werbung für die Legalisierung des Drogenmissbrauchs.

Wir sind nicht gegen gesellschaftlichen Pluralismus. Vielmehr sind wir Garanten dafür, dass jeder selbst entscheiden darf, wie er leben will, solange er anderen



Landesverband Niedersachsen

dieses Recht ebenfalls zubilligt und der Gesellschaft mit seinem Verhalten keinen Schaden zufügt. Anders zu sein, ist allerdings keine Rechtfertigung dafür, Geld vom Staat zu erhalten.

An die Kommunen übertragene Aufgaben vollständig finanzieren

„Wer bestellt, bezahlt“. Wir wollen diesen im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Grundsatz konsequent zum Schutz der Kommunen anwenden.

Schon der 2013 geregelte Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung hat einige Kommunen an die Grenze der finanziellen Belastbarkeit geführt, da die Mehrkosten nicht vollständig durch den Bund finanziert wurden. Die Inklusion Behinderter und die Integration von Migranten birgt ungleich höhere und zudem nicht gegenfinanzierte Kosten.

Eine vollständige Kosten- und Kostenfolgeabschätzung ist in Niedersachsen nicht klar geregelt. Andere Bundesländer haben hierzu gesetzliche Regelungen wie ein Konnexitäts-Ausführungsgesetz erlassen oder Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden geschlossen. Wir fordern, diese Lücke zu schließen und den Kommunen einen aufgabengerechten Steueranteil zuzusprechen.

Den Missbrauch unserer Sozialsysteme unterbinden

Unsere Sozialsysteme gewähren bundesdeutschen Staatsbürgern die materiellen Voraussetzungen für die Existenzsicherung und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Sie wurden nicht für Bürger anderer Länder erlassen.

Grundsicherung, Sozialhilfe und Kindergeld dürfen nur an Menschen ausbezahlt werden, die deutsche Staatsbürger sind oder die in Deutschland mindestens fünf Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind. Es gelten dann die Regelsätze ihres jeweiligen Heimatlandes.

Transferzahlungen an Ausländer sind deutlich zu reduzieren und wie BAföG als rückzahlbare Staatsleistung zu behandeln. Sachleistungen haben Vorrang vor Geldleistungen. Sozialbetrug ist im Rahmen der Gesetze konsequent zu verfolgen.



Landesverband Niedersachsen

Steuer- und Abgabenbremse einführen

Eine Ausweitung von Aufgaben des Staates ist nur möglich, wenn diese durch ordentliche Einnahmen oder Kreditaufnahmen gedeckt werden. Da eine Anhebung von Steuern oder Schulden jederzeit möglich ist, wollen wir eine nicht umgehbare Steuer- und Abgabenbremse in der Landesverfassung verankern.

Damit soll der Bürger vor einer weiter ausufernden Steuer- und Abgabenbelastung geschützt werden.

Absurde Steuerideen wie eine „Bettensteuer“ oder eine Pferdesteuer lehnen wir ab.

Staatsverschuldung abbauen – Schuldenbremse verankern

Im Interesse unserer Kinder ist eine planmäßige Rückführung der Staatsverschuldung dringend geboten. 2009 hat der Bundestag eine Schuldenbremse ins Grundgesetz geschrieben. Den Ländern wurde die Umsetzung bis 2020 freigestellt. In Niedersachsen steht sie bisher nur in der Landeshaushaltsordnung.

Wir setzen uns dafür ein, die Schuldenbremse auch in unsere Landesverfassung aufzunehmen, damit in Zukunft der Schuldenabbau vorangetrieben und die finanzielle Handlungsfähigkeit gesichert wird. Das Land muss dabei sicherstellen, dass die Schuldenbremse nicht zu Lasten der Kommunen durchgesetzt werden kann.

3. Die Verwaltung dient dem Bürgerwohl

Die Verwaltung in Niedersachsen ist weitgehend effizient und bürgernah. Wir bedanken uns bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für ihre hervorragende Arbeit zum Wohle der Bürger. Damit die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch für die Zukunft gesichert ist, legt die AfD besonderen Wert auf eine kontinuierliche Weiterentwicklung.

Gesetze auf den Prüfstand stellen

Auch bereits bestehende Regelungen und Gesetze müssen in Bezug auf ihre Wirksamkeit und Effizienz einer Prüfung unterworfen und ggf. gestrichen oder nachgearbeitet werden. Gewerbeaufsicht, Brandschutz und andere Bestimmungen dienen ihrem wesentlichen Regelungsziel nach nicht dazu, Unternehmen zu behindern oder ihre Neugründung zu verhindern. Wir wollen auch die bestehenden Bestimmungen auf ihre Notwendigkeit prüfen und ihre Einhaltung nicht buchstabengetreu, sondern ihrem Regelungsziel nach durchsetzen. Es gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Effektiv zum Wohle der Bürger

Bindende und endgültige Verwaltungsentscheidungen dauern vor allem dort zu lang, wo effektive Entscheidungen zum Wohle der Bürger und der Unternehmen gefragt sind.

Bürokratische Hemmnisse verzögern individuelles Handeln und schränken die Freiheit der Bürger ein. Die Einhaltung von Fristen für Entscheidungen muss daher künftig auch für die Verwaltung gelten. Dies bedeutet, dass bei Nichteinhaltung von Fristen die Genehmigung als erteilt gilt. Bearbeitungszeiten werden hierdurch planbar werden, was insbesondere auch Investitionsvorhaben der Wirtschaft zu Gute kommen wird. Das Widerspruchsrecht gegen Verwaltungsentscheide muss ohne Beschreiten des Klageweges grundsätzlich zugelassen sein. Um effektive Entscheidungen zu sichern, können neu zu schaffende Schiedsstellen einer Einbindung von Verwaltungsgerichten vorgezogen werden.

Entscheidungskompetenz der Verwaltung stärken

Wir werden die Anzahl der Verwaltungsebenen wie auch die Anzahl der Behörden auf der jeweiligen Ebene reduzieren. Damit sollen Verwaltungsabläufe und -strukturen verschlankt und dezentralisiert werden. Außerdem



Landesverband Niedersachsen

müssen die Behörden eine klare Aufgabenzuordnung und Verantwortlichkeiten untereinander aufweisen.

Verwaltung in der Fläche stärken

Die Versuche der Altparteien, die Autonomie der Kommunen durch Landesgesetze auszuhöhlen, weisen wir entschieden zurück.

Es gibt in Niedersachsen eine Vielzahl staatlicher Stellen, welche die Aufgabe haben, in kommunalen Belangen tätig zu werden, und so die Kommunen unnötig bevormunden. Wir wollen die kommunale Selbständigkeit unterstützen und die Politik der permanenten Einmischung „von oben“ beenden. Daher fordern wir die Einrichtung einer zentralen Koordinierung im Innenministerium.

Durch diese Bündelung der derzeit getrennt verwalteten Aufgaben entstehen Synergieeffekte und personalintensive Doppelstrukturen in der Verwaltung können abgebaut werden.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Die zunehmende Digitalisierung bietet der Verwaltung neue Möglichkeiten nach innen und außen. Die Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse und die digitale Integration der Behörden untereinander soll weiter vorangetrieben werden, um die Mitarbeiter in den Behörden zu entlasten und Abläufe zu beschleunigen. Zur Steigerung der Bürgernähe sollen die Behörden ihre digitalen Leistungsangebote für den Bürger weiter ausbauen und ihre Kommunikation, etwa in Schreiben und Veröffentlichungen, adressatengerechter gestalten. Der Bürger muss kostenfrei alle Informationen erhalten. Dies gilt auch für finanz- und haushaltsrechtliche Themen, denn Transparenz fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei Steuer- oder Gebührenerhöhungen ebenso wie das Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite.

Verfahren beschleunigen – Planungssicherheit schaffen

Wir werden das öffentliche Bau- und Planungsrecht optimieren. Im Zweifelsfall hat das Gemeinwohl Vorrang vor den Interessen des Einzelnen. Die derzeit noch vorhandenen Möglichkeiten richterlicher Blockaden oder klientelbezogener Einflussnahmen auf Mikroebene müssen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit weichen. Raumordnungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren müssen innerhalb weniger Monate rechtssicher durchgeführt werden können. Die Anzahl der Träger öffentlicher Belange ist auf maximal zehn pro Verfahren zu begrenzen.



Landesverband Niedersachsen

Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen

Öffentliche Bauprojekte müssen professionell geplant und ausgeführt werden. Hier ist professionelles Projektmanagement ohne politisches Herumlavieren erforderlich. Zuständige Beamte sind entsprechend im Projektmanagement zu schulen und weiterzubilden. Die Leistungsüberwachung und das Kostenmanagement für öffentliche Projekte müssen verbessert werden und bereits bei der Ausschreibung und Auftragsvergabe greifen. Private Auftragnehmer sind für Mängel und die Nichteinhaltung von Vorgaben konsequent in Haftung zu nehmen, so wie es ansonsten in der Privatwirtschaft üblich ist.

Steuerverschwendung und unkontrollierte Ausgaben vermeiden

Die AfD fordert die Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung. Verwaltungsangehörige müssen bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit haftbar gemacht werden können. Dies gilt ähnlich wie in der Privatwirtschaft bei der Geschäftsführerhaftung für Organisationsversagen. Die Kommunalaufsicht und die Rechnungshöfe sollten hierfür eine Ermittlungs- und Anzeigepflicht erhalten.

Keine politischen Beamten in Behörden

Im öffentlichen Dienst muss die Qualifikation zählen und nicht das passende Parteibuch. So werden bislang politische Beamte häufig etwa als Polizeipräsidenten oder Oberstaatsanwälte eingesetzt, obwohl sie für die fachliche Führung ihrer Mitarbeiter ungeeignet sind. Wir fordern daher die vollständige Abschaffung politischer Beamter als Leiter von Behörden.



4. Wirtschaft stärken – Beschäftigung fördern

Die soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard wiederbeleben

Die soziale Marktwirtschaft stellt nach dem Willen ihrer Vordenker Wilhelm Röpke, Walter Eucken und Alfred Müller-Armack sowie ihres politischen Umsetzers Ludwig Erhard die Alternative dar zu einer staatlichen Lenkungs- wirtschaft und dem reinen Wirtschaftsliberalismus. Der starke, aber zurückhal- tende Staat im Konzept der sozialen Marktwirtschaft schafft mit einer durch- greifenden Ordnungspolitik die Rahmenbedingungen für eine faire Wettbe- werbswirtschaft und sorgt für sozialen Ausgleich dort, wo die Marktkräfte gegen das Gemeinwohl blind sind.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die wirtschaftspolitische Praxis in Deutschland vom ursprünglichen Ansatz der Sozialen Marktwirtschaft entfernt und zum Teil in sein Gegenteil verkehrt. Auf der einen Seite hat die am angelsächsischen Wirtschaftsliberalismus orientierte Politik der allgemeinen Deregulierung und Privatisierung eine Übermacht der Finanzwirtschaft verur- sacht und die Gefahr eines Ausverkaufs von Schlüsselindustrien der deutschen Wirtschaft heraufbeschworen. Andererseits haben europapolitische Utopien und ideologische Reglementierungen zu einer Instrumentalisierung und Gängelung der Wirtschaft geführt.

Die Erfahrungen mit den Krisen der vergangenen Jahre zeigen, dass eine Orientierung an den ursprünglichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zukunftsweisend ist, indem sie den Menschen wieder in den Mittelpunkt des Wirtschaftens stellt.

Industriestandort Niedersachsen sichern

Von den rund 4,8 Mio. Arbeitnehmern in Niedersachsen sind über 10% in den großen Industrieunternehmen unseres Bundeslandes beschäftigt. Darüber hinaus arbeiten viele Beschäftigte bei deren Zulieferbetrieben.

Wir bekennen uns deshalb ausdrücklich zu diesen strukturbestimmenden Unternehmen und werden den unternehmerischen Einfluss des Landes Niedersachsen, insbesondere bei der Volkswagen AG, beibehalten.

Es gilt daher, dem verarbeitenden Gewerbe und den mit ihm verbundenen Dienstleistern als Wachstumsmotoren ein investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen. Die Sicherung der Industriestandorte und ihrer Wettbewerbsfähigkeit



Landesverband Niedersachsen

erfordert gerade in einem Hochlohnland wie Niedersachsen einen ständigen Wissens- und Technologievorsprung.

Die systematische Deindustrialisierung der letzten Jahrzehnte mit massiver Verlagerung ganzer Industriezweige in Länder mit niedrigeren Lohn- und Energiekosten sowie geringeren Umweltstandards ist zu stoppen. Dies gilt erst recht für das Programm der De-Karbonisierung mit seinen verheerenden Auswirkungen auf Niedersachsen als Wirtschaftsstandort. Eine reine Fokussierung auf Veredelung und Dienstleistungen halten wir langfristig für sehr gefährlich.

Wirtschaft und Hochschulen verzahnen, Hochtechnologie stärken

Entwicklungen wie autonomes Fahren, E-Mobilität, moderne Verkehrsleit- und Lenksysteme kündigen für die niedersächsische Automobil- und Verkehrsindustrie und ihre Zulieferer große technologische Umwälzungen an. Die AfD wird insbesondere die anwendungsbezogene Forschung aufwerten und die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen besser verzahnen, um dadurch mitzuhelfen, unsere Industrie im internationalen Wettbewerb weiter in Spitzenpositionen zu halten.

Wir werden berücksichtigen, dass die niedersächsische Verkehrsindustrie nicht nur aus VW besteht, sondern auch in den Bereichen Schienenfahrzeuge, Luftfahrt und Schiffbau aktiv ist.

Den Ausverkauf der deutschen Wirtschaft stoppen

Die AfD fordert international gleiche Bedingungen für ausländische Investoren und wendet sich entschieden gegen die Ungleichbehandlung in bestimmten Ländern. Wir sehen es als Missbrauch des freien Marktes an, wenn große Staatskonzerne im Namen ihrer Regierungen in Deutschland Firmen übernehmen oder staatlicherseits aus dem Ausland heraus gezielt Beteiligungs- und Unternehmenszukäufe gesteuert werden.

Für Staaten, die Beschränkungen bei Kapitalbeteiligungen und Kapitalverkehr erlassen haben, sollen hier ebenfalls entsprechende Beschränkungen gelten.

Auch das System der Zerschlagung von Unternehmen mit dem Ziel der Gewinnerzielung, wie es von einigen Finanzinvestoren betrieben wird, lehnen wir ab.



Landesverband Niedersachsen

Bürokratieabbau sichert und schafft Arbeitsplätze

Die beste und zugleich preiswerteste Wirtschaftsförderung ist nach unserer Meinung eine Reduzierung des bürokratischen Aufwandes, sei es bei Investitionsprojekten, in der Buchhaltung oder bei Publizitätspflichten für kleine AGs. Wir werden bürokratische Vorschriften vereinfachen, wie z. B. zum Mindestlohn.

Wir setzen uns dafür ein, wieder einen funktionierenden Arbeitsmarkt einzurichten. Das Prinzip von Angebot und Nachfrage führt dazu, dass Unternehmen gute Arbeitnehmer nur dann dauerhaft an sich binden können, wenn sie ihnen vorteilhafte Arbeitsbedingungen bieten.

Freie Unternehmer – Schluss mit Bevormundung

Unternehmerischer Freiraum und auch Lohnunterschiede bei unterschiedlicher Qualifikation sind wesentliche Merkmale einer leistungsfähigen Marktwirtschaft.

Die AfD wendet sich daher strikt gegen die wachsende staatliche Bevormundung und alle Versuche, Unterschiede einzuebnen.

Benachteiligung beseitigen - Gleichmacherei beenden

Gerade im Hinblick auf kleine und mittlere Betriebe bzw. Behörden ist zwingend auf die Verhältnismäßigkeit des Aufwandes und der Kosten zu achten, z. B. bei Gleichstellungsbeauftragten.

Wir halten es für äußerst problematisch, wenn kleinere Unternehmen das Ziel „professioneller“ Kläger werden. Daher gilt es, Missbrauchsmöglichkeiten auszuschließen und Abmahnvereine oder das ausufernde Verbandsklagerecht einzuschränken.

Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz hat seinen Zweck verfehlt und ein unerträgliches Maß an bürokratischem Aufwand verursacht. Es ist daher ersatzlos zu streichen.

Schluss mit EU-Vergaberichtlinien – einheimische Betriebe zuerst

Gerade in strukturschwachen und ländlichen Räumen bieten kleine und mittlere Unternehmen überproportional viele Arbeitsplätze. Für diese Zielgruppe sind öffentliche Aufträge besonders wichtig.

Der von der EU erzwungene Wettbewerb mit Anbietern aus Niedriglohnländern ist vielfach unfair: Reduzierte Sozial-, Umwelt- und Bestimmungsvorschriften, wie sie bereits bei unseren direkten EU-Nachbarn vorhanden sind, führen zu



Landesverband Niedersachsen

einer massiven Wettbewerbsverzerrung zu Lasten unserer heimischen Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem untergräbt dieser Wettbewerb unser Lohnniveau und schadet damit den einheimischen Arbeitnehmern.

Der Abfluss von Steuern und Abgaben aus der Region schadet zudem den öffentlichen Haushalten.

Wir werden daher die Verpflichtung zur Anwendung der EU-Vergaberichtlinien auf staatliche Großvorhaben beschränken.

Ferner wollen wir unsere einheimischen Betriebe dadurch entlasten, dass wir die unsinnige „Energiewende“ in Deutschland beenden.

Wirtschafts- und Exportförderung als Anschubhilfe mit Erfolgskontrolle

Wir lehnen die Dauersubventionierung von Unternehmen ab. Im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung stellen wir die Förderung der mittelständischen Wirtschaft in Niedersachsen, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe, in den Vordergrund.

Ein Schwerpunkt sollte dabei auf der Erschließung neuer Märkte liegen, z. B. durch Gemeinschaftsstände an internationalen Messen, die Stärkung des Messestandorts Niedersachsen, internationale Kooperationen oder die Unterstützung bei der Erlangung behördlicher Genehmigungen im Ausland.

Es gilt zudem nicht nur, Existenzgründungen durch Bürgschaften, Beratungshilfen etc. gezielter zu unterstützen und im Falle von Problemen bei der Unternehmensnachfolge Unterstützung anzubieten, sondern auch insolvenzbedrohten Unternehmen zu helfen oder sie in die Lage zu versetzen, an internationalen Ausschreibungen teilzunehmen.

Die Sicherung von Arbeitsplätzen – ob im Zuge einer erfolgversprechenden Sanierung oder durch die Weiterführung eines Betriebs – muss Vorrang vor einer Zerschlagung oder Betriebsaufgabe haben.

Hierzu werden wir die Existenzgründerberatung um die Bereiche Sanierungs- und Unternehmensnachfolgeberatung erweitern.

Von Fördergeldern profitieren aktuell insbesondere Großunternehmen. Wir werden den Zugang für kleine und mittlere Unternehmen verbessern, was gerade auch durch den Abbau bürokratischer Anforderungen erfolgen kann.

Sonderförderungen und Sonderrechte für nichtdeutsche Bevölkerungsgruppen lehnt die AfD kategorisch ab.



Landesverband Niedersachsen

Klare Herkunftsangaben auf Produkten

Erst die klare Herkunftsangabe auf allen Waren ermöglicht es dem Verbraucher, sich gezielt für regionale Waren zu entscheiden. Dies kann ohne Kosten zu einer Verringerung der Transportmengen beitragen und helfen, gerade die regionalen Betriebe zu stärken.

Wir wollen die zunehmende Verwässerung des Markenzeichens „Made in Germany“ beenden. Hierzu werden wir den Mindestwertschöpfungsanteil in Deutschland angemessen erhöhen.

Keine Sanktionen zu Lasten unserer Wirtschaft

Wirtschaftssanktionen gegenüber anderen Ländern sind in der Regel nicht erfolgreich und schaden einseitig unserer Wirtschaft. Dies gilt beispielsweise auch für die Landwirtschaft. Unsere Landwirte zu Geiseln einer verfehlten Außenpolitik zu machen, ist unverantwortlich. Daher sind bestehende Sanktionen unverzüglich aufzuheben und zukünftige Sanktionen auszuschließen, sofern es sich nicht um Sanktionen der Vereinten Nationen handelt.

Regionale Bankeninfrastruktur erhalten

Regional verwurzelte Banken sind zur Versorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Kapital und zur Abwicklung eines reibungslosen Geschäftsverkehrs in Niedersachsen unverzichtbar.

Wir wenden uns daher gegen die Schwächung der regionalen Kreditwirtschaft aus Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken und ihrer Spitzeninstitute durch aufsichtsrechtliche Beschränkungen von Seiten der EZB, die hierbei vornehmlich die Interessen der privaten Großbanken vertritt.

Banken mit staatlicher Beteiligung müssen allerdings Spekulationsgeschäfte untersagt sein, um das Haftungsrisiko für den Steuerzahler zu begrenzen.

Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten

Von der Nordseeküste über die Lüneburger Heide bis zu den Mittelgebirgen: Niedersachsen besitzt mit seiner abwechslungsreichen und naturnahen Landschaft einige der wichtigsten Urlaubsregionen in Deutschland. Die Zahl der Arbeitsplätze im Tourismus ist mehr als sechsmal so hoch wie im gesamten Bereich der „erneuerbaren Energien“ und doppelt so hoch wie in der Automobilbranche.



Landesverband Niedersachsen

Die AfD sieht hier ein erhebliches Wachstumspotential, insbesondere bei Touristen aus dem Ausland.

Wohneigentumsquote erhöhen

Deutschland besitzt die mit Abstand niedrigste Wohneigentumsquote der EU. Wir wollen diese Quote erhöhen, indem wir den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses auch für den Normalverdiener und junge Familien erleichtern.

Hierzu werden wir erschwerende Bestimmungen seitens der EU aushebeln und uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sie abgeschafft werden.

Insbesondere fordern wir Fördermaßnahmen für Familien mit Kindern sowie die umgehende Abschaffung der Wohnimmobilien-Kreditvergaberichtlinie.

Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt

Betriebe der kommunalen Infrastruktur besitzen eine herausragende Bedeutung, wenn sie der Daseinsvorsorge dienen. Sie dürfen daher nur mit Zustimmung der Bürger vor Ort privatisiert werden. Daneben muss in jedem Fall entweder eine zeitliche Befristung erfolgen oder ein Rückübertragungsvorbehalt eingeräumt werden.

Die Alternative für Deutschland leistet entschiedenen Widerstand gegen Bestrebungen, diese Selbstbestimmung durch EU-Vorschriften oder internationale Handelsabkommen auszuhebeln.

IHK und Handwerkskammer neu ordnen

Die AfD strebt eine Zweiteilung der Kammern an: einerseits in ihren Kernbereich der hoheitlichen Aufgaben und andererseits in den Bereich der Interessenvertretung und Dienstleistungen.

Der erste Bereich ist eigentlich eine Staatsaufgabe und sollte, solange eine staatliche Finanzierung nicht besteht, durch Beiträge oder eine Umlage finanziert werden. Wir befürworten, dass Anforderungen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, im Gutachterwesen oder z. B. in Bezug auf Genehmigungen im Kraftverkehr klar geregelt werden. Das Leistungs- und Anforderungsniveau darf zudem nicht abgesenkt werden.

Interessenvertretung und Dienstleistungen der Kammern wollen wir auf freiwilliger Basis, d.h. mit freiwilligen Mitgliedschaften und Beiträgen organisieren.

Mythos Fachkräftemangel

Die Arbeitslosenquote in Niedersachsen befindet sich aktuell auf einem vergleichsweise niedrigen Stand. In manchen Bereichen stehen daher gut ausgebildete Bewerber nicht mehr im Überfluss zur Verfügung.

Von einem flächendeckenden Mangel kann dennoch keine Rede sein. Nur in wenigen Berufsfeldern gibt es mehr offene Stellen als Bewerber.

Nach Überzeugung der AfD Niedersachsen besteht dementsprechend kein Grund, die verbesserten Chancen von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt gleich in eine generelle Mangelsituation umzudeuten. Auf einem funktionierenden Arbeitsmarkt konkurrieren nicht nur Bewerber um Unternehmen, sondern eben auch Unternehmen um qualifizierte Arbeitskräfte.

Der demographische Wandel wird in Zukunft zwar einen deutlichen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in unserem Land zur Folge haben. Zeitgleich aber werden infolge der zunehmenden Automatisierung und der Entwicklung der künstlichen Intelligenz immer mehr qualifizierte Arbeitsplätze wegfallen, was den Mangel an Arbeitskräften mehr als ausgleichen wird.

Reserven aktivieren und besser qualifizieren

In Niedersachsen gibt es zudem gegenwärtig noch immer viele Unterbeschäftigte, darunter größtenteils Arbeitslose, vielfach sogar Langzeitarbeitslose. Dieses Reservoir kann aktiviert und qualifiziert werden. Die Zuwanderung gering- oder unqualifizierter Personen, wie aktuell betrieben, ist daher völlig unsinnig.

Außerdem werden am Arbeitsmarkt vorbei zu viele Geistes- und Sozialwissenschaftler ausgebildet. Hier wollen wir umsteuern und Studienfächer mit hohem wirtschaftlichen Bedarf zielgerichtet fördern.

Die Vorrangprüfung für deutsche Arbeitnehmer ist beizubehalten.

Das duale System als zentrale Säule der Ausbildung stärken

Bei drei Vierteln der gegenwärtig besonders gesuchten Fachkräfte handelt es sich um Arbeitnehmer mit Berufsausbildung oder gar Meisterbrief – und nicht um studierte Geistes- oder Sozialwissenschaftler. Für die Zukunft wird zudem ein wachsender Bedarf handwerklicher Fachkräfte und ein Überangebot an den genannten Akademikern prognostiziert.



Landesverband Niedersachsen

Wir setzen uns daher für den Ausbau des dualen Bildungssystems ein, um mehr praxisnahe und qualifizierte Fachkräfte heranzubilden.

Der Meister zählt, hohe Standards erhalten

Die Berufsausbildung unserer Facharbeiter im Handwerk basiert auf dem Qualitätsniveau unserer Meister. Selbständige, geringqualifizierte Handwerker sind nicht in der Lage, hochqualifizierten Nachwuchs auszubilden, erfüllen nicht die Qualitätsanforderungen anspruchsvoller Kunden und laufen Gefahr, in eine Lohndumpingspirale abzurutschen.

Deshalb werden wir wieder für alle Handwerksberufe den Meisterzwang einführen und die schleichende Aufweichung unserer Qualitätsstandards beenden.

Die Auswanderung deutscher Fachkräfte stoppen

In 10 Jahren (2005-15) wanderten per Saldo über 360.000 Deutsche aus. Zum großen Teil waren dies Ärzte, Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker. Unser Ziel muss es daher sein, z. B. durch bessere Arbeitsbedingungen diese Abwanderung deutlich zu reduzieren und bereits abgewanderte Fachkräfte zur Rückkehr zu ermuntern.

Lohnzuschläge für Zeitarbeit

Zeitarbeit und Arbeitnehmerüberlassung sollen eigentlich nur Spitzen im Arbeitsanfall abfedern helfen. Das tatsächliche Ausmaß geht jedoch mittlerweile deutlich darüber hinaus und stellt einen Missbrauch dar, der ein entschiedenes Gegensteuern erfordert. Dieses könnte z. B. durch steigende Lohnzuschläge erfolgen, die in Abhängigkeit von der Betriebsgröße und der Dauer der Zeitverträge festgelegt werden.

5. Infrastruktur modernisieren und ausbauen

Für Niedersachsen als Wirtschaftsstandort und Transitland sind leistungsfähige und sichere Verkehrswege sowie eine gute Infrastruktur von größter Bedeutung. Der reibungslose Gütertransport gerade auch zu und von den Häfen in Emden, Wilhelmshaven, Bremen und Hamburg ist für Ex- und Importeure ein wesentlicher Standortfaktor. Die aktuelle Situation, eine Folge von jahrzehntelangem Altparteien-Missmanagement, ist in vielen Bereichen mehr als unbefriedigend. Ob Verkehrswege (Wasser, Straße, Schiene) oder Netze (Strom, Internet, Wasser /Abwasser): Die Investitionen müssen wesentlich erhöht werden, um den gewaltigen Rückstau abzubauen. Dieser betrug 2015 bundesweit alleine in den Kommunen über 130 Mrd. €.

Verkehrsinfrastrukturaufgaben an die Einnahmen koppeln

Die Kosten für den Bau und die Erhaltung von Fernstraßen sind Aufgabe des Bundes. Hierzu fließen dem Bund auch die enormen Steuereinnahmen zu.

Die Kreise und Kommunen sind für den Bau und Unterhalt von Kreis- und Gemeindestraßen verantwortlich, verfügen jedoch über keine eigenen Steuereinnahmen aus dem Verkehrssektor. Wir werden diesen Mangel im Rahmen der Neuordnung der kommunalen Finanzen beheben.

Dauerbaustellen vermeiden – Aufträge intelligent ausschreiben

Staus und der Verschleiß überlasteter Umleitungen verursachen erhebliche volkswirtschaftliche Kosten. Diese werden nicht selten durch schlechtes Baustellenmanagement und verzögerte Investitionen noch weiter in die Höhe getrieben. Gerade diese Mehrkosten für Bürger und Unternehmen müssen endlich berücksichtigt werden.

Wir lehnen es ab, auf minimierte Bauzeiten und rasche Umsetzung zu verzichten, nur weil die Mittel aktuell nicht eingeplant sind oder ein langsamerer Baufortschritt bei oberflächlicher Betrachtung billiger ist.

Wir fordern deshalb, dass bei Ausschreibungen von vornherein auf möglichst kurze Bauzeiten und geringe Verkehrsbehinderungen Wert gelegt wird und dass Umleitungsstrecken währenddessen baustellenfrei bleiben. Innenstädte, aber auch ländliche Räume sind vom Schwerlast-Transitverkehr freizuhalten.



Gleiche Wettbewerbsbedingungen im Transportgewerbe!

Im innerdeutschen Transportgewerbe herrscht ein ungleicher Wettbewerb, wie er deutlicher nicht sein könnte. Nicht nur die unterschiedlichen Löhne im europäischen Vergleich, sondern z. B. auch unterschiedliche Unternehmenssteuern in den einzelnen Ländern machen einen fairen Wettbewerb in Deutschland zur Zeit unmöglich.

Deshalb bedarf es einer Sonderabgabe für ausländische Transportunternehmen, die im innerdeutschen Nah- und Fernverkehr Aufträge entgegennehmen, deren Fahrzeuge aufgrund der Größe aber nicht mautpflichtig sind und die darüber hinaus in Deutschland weder Unternehmens- noch Kraftfahrzeugsteuern zahlen. Ziel ist es dabei nicht nur, vergleichbare Wettbewerbsbedingungen herzustellen, sondern diese Unternehmen auch an den Kosten der Straßeninfrastruktur zu beteiligen.

Schiene und Straße verbinden

Ein vernünftiges Konzept aus Schienen- und Straßengüterverkehr beinhaltet, dass neue Logistikzentren, Industrie- und Gewerbegebiete vorzugsweise in der Nähe bereits bestehender Schienenanschlüsse und Hauptverkehrswege errichtet werden. So können die Belastungen für die Bürger minimiert werden.

Schluss mit der ideologiegeleiteten Verkehrspolitik

Wir sind für eine ausgewogene Verkehrspolitik, bei der kein Verkehrsmittel einseitig bevorzugt wird. Dies gilt auch für bestimmte Antriebs- und Motorvarianten. Ein Verbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab, jedoch halten wir die Forschung in allen Bereichen, z. B. auch im Bereich der Elektromobilität oder des autonomen Fahrens, für einen Automobilstandort wie Niedersachsen für unverzichtbar.

Die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ist unwirtschaftlich

Sogenannte „Public-Private-Partnership-Modelle“ (PPP/ÖPP) verschleiern Bau- und Betriebskosten und sind teurer als konventionelle Vorhaben. Sie begünstigen zudem große Bau- und Straßenbauunternehmen und werden von uns daher strikt abgelehnt.



Landesverband Niedersachsen

Straßen und Schienen im Staatsbesitz

Schienen und Straßen dürfen nicht weiter privatisiert werden. Die geplante Bundesinfrastrukturgesellschaft sehen wir daher sehr kritisch. Wir fordern, dass diese weder die Länder von der Mitwirkung bei der Planung ausschließen noch dazu dienen darf, die Schuldenbremse zu umgehen oder Infrastruktur mittelfristig zu privatisieren.

Bahn modernisieren – Engstellen beseitigen

Wir sind dafür, die durch die Deutsche Bahn erwirtschafteten Gewinne konsequent zu reinvestieren, um die Wettbewerbssituation der Bahn zu verbessern. Hierzu gehören die rasche Beseitigung von Engstellen im Netz sowie die konsequente Umrüstung auf Flüsterbremsen und glatte Radlaufflächen für weniger Lärm.

Gewerbe, Logistik und Industrie optimal anbinden.

Die Planung und Fertigstellung der fehlenden Infrastruktur bei bereits bestehenden logistischen Großbetrieben hat für uns höchste Priorität.

Bei Planfeststellungsverfahren von Gewerbe-, Logistik- und Industriegebieten muss eine nachhaltige zukunftsorientierte Infrastruktur Voraussetzung sein. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die geringe Belastung der Bürger durch Emissionen zu richten.

6. Energieversorgung in Niedersachsen

Die bisherige Klimaschutz-Politik ist falsch

Mit dem Klimaschutzplan 2050 steht für die regierenden Altparteien das Ziel der völligen Dekarbonisierung in der deutschen Wirtschaft an oberster Stelle. Das geplante Verkaufsverbot von benzin- und dieselgetriebenen privaten Kraftfahrzeugen sowie der Ausstieg aus der Energieversorgung durch fossile Brennstoffe und Kernenergie sind konkrete Vorhaben der Altparteien. Begründet wird dies mit einer angeblich kommenden Klimakatastrophe. Allerdings gibt es keinen wissenschaftlich haltbaren Beweis dafür, dass eine Erderwärmung durch den CO₂ - Ausstoß verursacht wird. Es wird zudem übersehen, dass ein höherer CO₂-Anteil durch verbessertes Pflanzenwachstum große Vorteile für die Welternährung hat und dass ferner eine Erwärmung für weite Bereiche der Erde eher positiv ist.

Mit dem Klimaschutzplan 2050 wird der Weg bereitet, dem Ziel der weltweiten Umverteilung des Wohlstands – einschließlich einer Umverteilung in Deutschland von unten nach oben – näher zu kommen. Es wird um viele Milliarden Euro gehen, die jährlich aus Deutschland in einen Fonds abzugeben sein werden. Der Klimaschutzplan 2050 wird die Deindustrialisierung Deutschlands bedeuten mit der Folge einer drastischen Absenkung des Lebensstandards.

Wir fordern daher, den Klimaschutzplan 2050 aufzuheben, aus den Pariser Klima-Verträgen auszutreten und den Zertifikatehandel zu beenden. Außerdem werden wir die Unterstützung von ideologischer Klimaforschung einstellen und die sogenannten Klimaschutzbeauftragten abschaffen.

Energieerzeugung am Bedarf orientieren

Jeder Zubau von „erneuerbaren Energien“ führt unvermeidlich zu einem weiteren Anstieg der Strompreise. Ursache ist, dass die Gestehungskosten der stark schwankenden und deshalb unzuverlässigen „erneuerbaren Energien“ immer weit über den Kosten der konventionellen Kraftwerke liegen. Zusätzlich fallen hohe Summen für den gigantischen Stromtrassen- und Netzausbau sowie die notwendige Speicherung an. Bei den bisher errichteten Anlagen der „erneuerbaren Energien“ fehlen die notwendigen Speichereinheiten absurderweise. Daher tragen sie zur Stromversorgung und damit zum angeblich erforderlichen Klimaschutz nichts bei, mehrten dafür aber den Wohlstand der Anlagenbetreiber und fördern so die unsoziale Umverteilung von unten nach oben.



Landesverband Niedersachsen

Wir werden daher die Anlagenbetreiber an den Kosten für die zugehörigen Speichereinheiten und den erforderlichen Netzausbau beteiligen.

Auch die von der Bundesregierung vorgenommene Novellierung des EEG lässt die vorhandenen Probleme der „Energiewende“ ungelöst: die fehlende Netzstabilität, die Gefahr von Blackouts, der Verschleiß der weiterhin unabkömmlichen Kohle-Kraftwerke, der fehlende Ersatz für die Kernkraftwerke, die noch abgeschaltet werden sollen, die fehlende Speichertechnologie etc. Der gesetzliche Regulierungsaufwand wird weiter steigen, wie es bei planwirtschaftlichen Strukturen üblich ist.

Wir werden daher das EEG abschaffen. Solange dies noch nicht geschehen ist, werden wir in Niedersachsen dafür sorgen, dass in Wäldern und Schutzgebieten keine weiteren Windenergieanlagen errichtet werden.

Bei der Ausweisung von Vorrangflächen werden wir die betroffenen Bürger entscheiden lassen. Daneben werden wir die 10-H-Regel anwenden, die den Mindestabstand zur Wohnbebauung auf das Zehnfache der Höhe der Windenergieanlage festlegt, und uns dafür einsetzen, dass sie bundesweit angewendet wird.

Keine Gängelung der Bürger durch nutzlose Gesetze

Die Energieeinsparverordnung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) erhöhen nicht nur Zahl und Umfang der nutzlosen Anforderungen: Die Entsorgung von Dämmmaterial und der mangelhafte Brandschutz stellen sogar neue Gefahrenpotentiale dar.

Die gigantischen volkswirtschaftlichen Kosten erhöhen zudem die Baukosten, in einem zweiten Schritt die Mieten und treffen damit auch und besonders die Familien und die sogenannten „kleinen Leute“.

Wir sind der Auffassung, dass die Eigentümer selbst entscheiden sollen: Dämmmaßnahmen und der Einsatz von „erneuerbaren Energien“ werden automatisch dann vorgenommen, wenn sich der Eigentümer davon einen Gewinn verspricht – ein gesetzlicher Zwang ist dazu nicht nötig.

Wir werden folglich die Entscheidung zu baulichen Konzepten und Maßnahmen wieder dem Eigentümer übertragen und daher beide Gesetze abschaffen und durch vernünftige und für die Bürger bezahlbare Lösungen ersetzen.

Keine neuen Subventionsmonster – Elektromobilität ist Marktsache

Die Technik der Elektromobilität ist mehr als 100 Jahre alt. Sie konnte sich bis heute am Markt nicht durchsetzen, weil es physikalisch schwierig ist, Strom in großen Mengen zu speichern. Dies begründet die geringe Reichweite und die hohen Kosten der Elektroautos. Die vollständige Versorgung des Personen- und Warenverkehrs mit Strom aus erneuerbaren Quellen würde eine Vervielfachung der Zahl an Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen sowie Großspeichern erfordern. Für 2015 hätte eine flächendeckende E-Mobilität einen zusätzlichen Stromverbrauch von 730,2 Mill. kWh/a bedeutet, der weit über dem liegt, was mit Wind und Sonne überhaupt erzeugt werden kann.

Es gibt zudem keinen Grund, überhastet die fossilen Energieträger ersetzen zu müssen: Immer neue Lagerstätten werden entdeckt und erschlossen. Auf Grund neuer Fördertechniken werden flüssige und gasförmige Kraftstoffe noch für sehr lange Zeit den Bedarf decken können, selbst wenn dieser weiter ansteigen wird.

Abgesehen von der Unterstützung der Forschung werden wir daher die Elektromobilität den Kräften des Marktes überlassen und staatliche Subventionen und regulatorische Markteingriffe beenden.

Kernenergie als verlässlichen Grundlaststromproduzenten beibehalten

2011 fand der überhastete und sachlich unbegründete Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie statt. Der vorgesehene vollständige Ausstieg ab 2022 ist nicht zu verantworten, denn die geplanten Stromtrassen können zwar „Wind-Strom“ nach Süden transportieren, aber nicht die sichere und planbare Stromversorgung der heutigen KKWs ersetzen. Der dann notwendige Import von ausländischem Atomstrom ist nicht sinnvoll und würde Kapitalabfluss in fremde Staaten bedeuten. Außerdem riskiert man so eine weitere Destabilisierung des deutschen Stromversorgungssystems. Allein der noch arbeitende Bestand an Kernkraftwerken (KKW) erzeugt kostengünstig ca. 15% des verlässlichen Grundlaststroms und ist daher unverzichtbar. Zudem kommen durch die willkürliche Verkürzung bei den möglichen Laufzeiten der KKWs erhebliche Schadensersatzforderungen auf den Steuerzahler zu.

Aus all diesen Gründen ist eine Ausnutzung der technisch gesicherten Laufzeiten der noch bestehenden KKWs, die zu den sichersten auf der Welt gehören, die einzig sinnvolle Maßnahme.

Forschung und Entwicklung der Kernenergietechnik wieder aufnehmen

Weltweit wird die Kernenergie weiterentwickelt und ausgebaut. Wir wollen nicht, dass sich Deutschland wieder einmal ohne Not aus der Erforschung einer zukunftssicheren Technik ausklinkt. Daher sollen auch hier Forschung und Entwicklung an Reaktoren der Generation IV wieder aufgenommen werden. Diese sind inhärent sicher und ermöglichen die weitere Verwertung der bei uns lagernden abgebrannten Kernelemente, sodass dann die Endlagerung zu großen Teilen überflüssig wird.

Wir sind dafür, sowohl den Einsatz von Thorium an Stelle von Uran näher zu erforschen als auch die Möglichkeiten des Dual-Fluid-Reaktors mit integrierter Wiederaufarbeitung. Bei diesen Technologien besteht in Notfallsituationen weder eine Explosions- noch eine Strahlungsgefahr. Außerdem wären die Stromerzeugungskosten weit geringer als heute und die Endlagerproblematik wäre weitgehend entschärft.

Wir unterstützen außerdem die weitere Erforschung der Kernfusion.

Der Notwendigkeit der Endlagerung ehrlich ins Auge sehen

Sowohl die Fortsetzung als auch der Ausstieg aus der Kernenergie erfordern sichere Zwischen- und Endlager.

Radioaktive Reststoffe sollten dezentral, zugänglich und katalogisiert in gesicherten Orten eingelagert werden, wo jederzeit der Zugriff möglich ist, um sie mit weiterem technischen Fortschritt wiederaufbereiten zu können. Eine zentrale Endlagerung an einem später kaum mehr zugänglichen Ort halten wir für den falschen Weg.

Fossil befeuerte Kraftwerke bleiben unverzichtbar

Da die „Erneuerbaren“ bisher keine planbare und sichere Energie liefern können, sind die mit Kohle und Gas befeuerten Kraftwerke eine unverzichtbare Säule der Stromerzeugung und werden noch auf unabsehbare Zeit benötigt. Eine baldige Abschaltung wird es aus technischen Zwängen nicht geben können. Daher brauchen diese Kraftwerke verlässliche ökonomische Bedingungen.

Wir unterstützen zugleich die Fortentwicklung konventioneller Kraftwerkstechnologien sowie die Fortentwicklung der Wasserstofftechnologie zur Speicherung von überschüssiger Energie von Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Ältere Kraftwerke sollten durch neuere ersetzt werden, da diese bessere Wirkungsgrade und einen niedrigeren Schadstoffausstoß aufweisen.



Landesverband Niedersachsen

Dies alles sichert zudem die Arbeitsplätze der Beschäftigten.

7. Unsere Landwirte schützen – Höfesterben beenden

Landwirtschaft ist Mittelstand

Unsere gut ausgebildeten Landwirte müssen wieder in die Lage versetzt werden, von ihren Einkommen den sozialen Standard ihrer Familien zu sichern und Investitionen für den Weiterbestand ihres Höfe zu tätigen, denn sie müssen ihren Arbeitsplatz selbst finanzieren und für die nächste Generation bewahren.

Die AfD wird die Rahmenbedingungen für eine umweltgerecht produzierende mittelständische Landwirtschaft verbessern. Die ausufernde Bevormundung durch die EU-Bürokratie sowie bürokratische Überreglementierungen des Bundes und Landes werden wir beenden. Die Landwirte brauchen wieder mehr Entscheidungsfreiheit. Der Beruf des Landwirts muss wieder attraktiver werden und sein Ansehen in der Öffentlichkeit wieder an seinen gebührenden Platz gerückt werden.

Wir vertreten daher folgende Ziele:

1. Die Sicherung der Grundbedürfnisse unserer Bevölkerung hat Vorrang. Wir wenden uns gegen die negativen Auswirkungen eines weltweiten Preisdumpings zu Lasten von Umwelt, Mensch und Tier.
2. Unsere Landwirte tragen im Rahmen der Grundversorgung die Verantwortung für die Versorgung unserer Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln.
3. Die AfD steht für gesunde bäuerliche Familienbetriebe.
4. Die AfD steht für die Befreiung der deutschen Landwirte von der Gängelung durch die Brüsseler Bürokratie und für die Rückkehr der Landwirtschaft in die nationale Verantwortung.
5. Die AfD unterstützt den Aufbau bzw. die Wiederherstellung regionaler Strukturen zur Vermarktung und Veredelung bäuerlicher Produkte. Dazu gehören unter anderem auch mittelständische Schlachthöfe und Molkereibetriebe.
6. Die AfD steht für eine konsequente Begrenzung der Förderung landwirtschaftlicher Betriebe auf die ersten 150 ha pro Hof. Unterhalb dieser Grenze ist sie zu staffeln.

Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringen

Ruinöse Preiskämpfe fördern nicht den marktwirtschaftlich erwünschten Wettbewerb, sondern zerschlagen mittelständische Strukturen und haben zu kartellähnlichen Marktverzerrungen geführt. Die bisherige „Förderung mittelständischer Betriebe“ hat das genaue Gegenteil zum Ergebnis und zu den genannten Fehlentwicklungen beigetragen: Gerade kleine und mittlere Betriebe wurden durch bürokratische Auflagen zur Aufgabe genötigt. Die angebliche „Vorreiterrolle“ rot-grüner Landespolitik besteht darin, diesen Druck auf mittelständische Landwirte noch zu verschärfen. Auch die schwarz-gelbe Politik hat sich hier als erfolglos erwiesen.

Wir unterstützen daher die Bildung von Erzeugergenossenschaften als Gegengewicht zu den Vertretern der Nahrungsmittelindustrie und der Einzelhandelskonzerne. Wir werden hierfür die Rahmenbedingungen schaffen. „Fair Trade“ muss auch für deutsche Landwirte und mittelständische Veredelungsbetriebe gelten.

Auf Basis des Grundsatzes „Qualität geht vor Quantität“ werden wir Impulse für die Spezialisierung auf hochwertige Qualitätsprodukte geben. Hierzu werden wir aktiv ein Umdenken in der Bevölkerung unterstützen, weg von der „Geiz-ist-geil-Mentalität“. Gesunde Lebensmittel sind ihren Preis wert. Auch unterstützen wir die Vermarktung regionaler und nationaler Produkte.

Kein globaler Wettbewerb ohne Chancengleichheit

Die Produktion in der Landwirtschaft unterliegt unverrückbaren Naturgesetzen und biologischen Gegebenheiten. Lebendige Geschöpfe sind keine Maschinenteile.

Auch ist die deutsche Landwirtschaft aufgrund ihrer geographischen und klimatischen Gegebenheiten und aufgrund ihrer Umwelt- und Tierschutzaufgaben gegenüber anderen Produzenten auf dem Weltmarkt benachteiligt, die von diesen Bedingungen nicht betroffen sind.

Daher ist bei internationalen Handelsabkommen darauf zu achten, dass die berechtigten Interessen der deutschen Landwirtschaft angemessen berücksichtigt werden.

Patente auf Feldfrüchte und Nutztiere sind sittenwidrig, wenn sie die freie Verwendung von eigenen Produkten als Saatgut oder für die Nachzucht untersagen. Daher sind die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die unsere Landwirte vor derartigen Knebelverträgen schützen.



Bodenspekulation entgegenwirken

Die Erzeugung von Biokraftstoffen, welche in großflächiger Konkurrenz zur Erzeugung von Lebensmitteln stehen, darf nicht zu einem Anstieg der Pachtpreise führen. Die durch das EEG verursachte Bodenspekulation ist durch Abschaffung des EEG zu beenden. Die bestehenden Verträge haben Bestandsschutz und laufen ordnungsgemäß aus.

Um der Bodenspekulation entgegenzuwirken, sollen landwirtschaftliche Nutzflächen nur noch an natürliche Personen, vorzugsweise an aktive Landwirte, verkauft werden dürfen, die ihren Hauptwohnsitz in Deutschland haben und die eine landwirtschaftliche Basisausbildung nachweisen können.

Wir sind entschieden gegen die Umwidmung von landwirtschaftlichen Nutzflächen zu Naturschutzgebieten als Ausgleichsflächen für Baugebiete oder Infrastrukturprojekte.

Brüsseler Bürokratie beenden

Die zentralisierte Landwirtschaftspolitik der EU ruiniert unsere Landwirte. Von all den Fördermilliarden kommt nur ein Bruchteil wirklich den bäuerlichen Familienbetrieben zugute. Ergebnis ist ein endloses Höfersterben auch von wirtschaftlich lebensfähigen Betrieben auf Grund ruinöser Marktverzerrungen, aber insbesondere auch auf Grund schikanöser und sich ständig ändernder bürokratischer Auflagen.

Wir treten dafür ein, die Landwirtschaft wieder in die nationale Verantwortung zurückzuführen. Dies ist die Voraussetzung dafür, bürokratische Überregulierungen ersatzlos streichen und die Landwirte von überflüssigem Verwaltungsaufwand entlasten zu können.

Wir werden nicht die Produktion reglementieren, aber zum Schutz der Natur, der Verbraucher und der Nutztiere über die Einhaltung von Standards wachen. Diese Standards sind allerdings in der Vergangenheit dazu missbraucht worden, mittelständische Produzenten aus dem Markt zu drücken. Dies gilt insbesondere auch für Molkereibetriebe und Schlachthöfe. Wir werden daher alle Standards kritisch auf ihren Nutzen hinterfragen und im Zweifelsfall Überregulierungen streichen.

Durch die konsequente Rückführung von Genehmigungsprozeduren und -verfahren könnten die Kosten von Investitionen deutlich gesenkt werden.

Investitionsförderprogramme (AFP-Programme) setzen häufig Fehlanreize, da diese überwiegend Großbetriebe fördern, und sind daher grundsätzlich zu



Landesverband Niedersachsen

überarbeiten. Wir unterstützen außerdem Programme zur Entschuldung landwirtschaftlicher Betriebe.

Förderung grundsätzlich auf Familienbetriebe ausrichten

Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe soll in erster Linie mittelständische Familienbetriebe bei der Deckung der Fixkosten entlasten. Die AfD steht für eine Begrenzung der Förderung landwirtschaftlicher Betriebe auf die ersten 150 ha pro Hof, die im Gegensatz zur jetzigen Förderung nach Betriebsgröße gestaffelt wird und pro Hektar deutlich zu erhöhen ist.

Im Gegenzug sollen künftig die Preise frei am Markt gebildet werden. Die Grundförderung ist verbunden mit der Übernahme von klar definierten Aufgaben in der Natur- und Landschaftspflege.

Wir stehen für Tierschutz und fairen Wettbewerb

In der Tierhaltung ist eine weltfremde Streichelzooromantik fehl am Platz.

Wir setzen uns allerdings für den im Grundgesetz verankerten Tierschutz ein und folglich für eine möglichst artgerechte Form der Tierhaltung, sei es in der Landwirtschaft, bei Hobbytierhaltungen oder in Zoo und Zirkus.

Wir werden im Gegenzug darauf achten, dass unsere Landwirte vor einer wettbewerbsverzerrenden Konkurrenz aus Staaten mit niedrigeren Tierschutzstandards geschützt werden.

Schächten ist Tierquälerei und gehört verboten

Der Artikel 136 des Grundgesetzes lautet: „Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.“ Es darf also keine Ausnahmen vom Tierschutz auf Grund religiöser Vorbehalte geben.

Wir lehnen daher das Schächten von Tieren als unnötig qualvolle Todesart und unvereinbar mit dem Staatsziel Tierschutz ab.

Keine unnötigen Tierversuche

Wir fordern ein striktes Verbot unnötiger Versuche am lebenden Tier und befürworten das Erforschen alternativer Methoden.



Landesverband Niedersachsen

Kein Freifahrtschein für Gentechnik in der Landwirtschaft

Wir stehen dem Anbau und Verkauf gentechnisch veränderter Lebensmittel skeptisch gegenüber. Insbesondere lehnen wir das „Monsanto“-Modell ab, Pflanzen zu züchten, die gegen spezielle Gifte wie etwa Unkrautvernichtungsmittel resistent sind, um dann mit diesem Gift alle unerwünschten Lebewesen abtöten zu können.

Sauberes Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge

Wir unterstützen die freiwillige Kooperation zwischen Wasserversorgern und Landwirten, die bereits zu messbaren Verbesserungen der Grundwasserqualität geführt hat. Die Gründe der hohen Nitratbelastung sind zu analysieren, in einem zweiten Schritt ist unter Einbindung aller Akteure nach allgemein verträglichen und nachhaltigen Lösungen zu suchen.

Wir fordern die Beendigung des internationalen Gülle-Tourismus.

Unsere Fischer wirksam unterstützen

Wir setzen uns für den Schutz der Weltmeere vor der rücksichtslosen Überfischung durch internationale Fangflotten ein. Zugleich unterstützen wir unsere Fischer dabei, Wettbewerbsnachteile zu beseitigen:

Internationales Recht ist zwar durchzusetzen, allerdings lehnen wir die willkürliche Ausweisung von Meeresschutzzonen ab, wenn sie die nachhaltig wirtschaftende mittelständische Fischerei in ihrer Existenz gefährdet. Bei Verhandlungen über internationale Fangquoten müssen die berechtigten Interessen der deutschen Fischer mit Nachdruck und gleichberechtigt durchgesetzt werden. Natur- und Umweltschutzbestimmungen dürfen in Deutschland zudem nicht strenger als in anderen europäischen Ländern ausgelegt werden.

Die Fischtreppen an Stromhindernissen sind nach wie vor unzureichend und müssen zugunsten der Wanderfische erheblich verbessert werden.

Die Gängelung der Forstwirtschaft beenden

Die Forstwirtschaft hat vor allem die Aufgabe, wirtschaftlich Holz zu produzieren. Die Entscheidung darüber, welche Baumarten angepflanzt werden, gehört allein in die Hand der Waldbauern und Forstwirte. Daher lehnen wir bürokratische Eingriffe wie die einseitige Förderung der Anpflanzung von Buchen ab, auch wegen der damit verbundenen ökologischen Verarmung.

Wir stehen dafür ein, den Schutz von Niedersachsens einzigartigen Natur- und Landschaftsräumen auch weiter zu gewährleisten. Die Ausweisung weiterer Schutzgebiete, wie beispielsweise des Naturparks Hümmling, darf aber nicht zu einer schleichenden Enteignung der betroffenen Eigentümer führen.

Wir erkennen den positiven Wert der Jagd an

Wir erkennen den positiven Wert der Jagd an und stellen uns schützend vor unsere Jäger, denn diese leisten in ehrenamtlicher Erfüllung ihrer Aufgaben einen wertvollen Beitrag für den Natur- und Landschaftsschutz.

Wir lehnen daher ein „ökologisches Jagdgesetz“ grundsätzlich ab.

Wir befürworten die traditionelle Jagdausübung und unterstützen das Leitbild: Wald und Wild im Einklang der Natur. Ein ökologisches Jagdgesetz wird von uns abgelehnt. Die AfD setzt sich nachdrücklich dafür ein, alles Raubwild – so auch den Wolf – unter Berücksichtigung des Naturschutzgesetzes in das Landesjagdgesetz aufzunehmen.

Die Diffamierung und Schikanierung der Jäger, wie z. B. der jährliche Schießnachweis oder das Verbot, Strecke zu legen, ist zu beenden.

Strecke legen ist eine wichtige Tradition der Jägerschaft. Das Verblasen der Strecke ist ein Zeichen der Ehrfurcht vor der Kreatur und erzieht den Jägernachwuchs zur Umsicht.

Jäger, Sportschützen und Waffensammler sind gesetzestreue Bürger. Daher lehnen wir eine weitere Verschärfung des Waffenrechtes ab.

Aufwertung von Brachflächen in bebauten Gebieten

Wir unterstützen die ökologische Aufwertung von Brachflächen in Verkehrs-, Gewerbe- und Wohnbereichen, z. B. auf Flachdächern oder in Verkehrskreisel. Hier können Blühflächen, Nutzsträucher und Obstbäume angepflanzt werden.

Verbraucher schützen

Der Einsatz von Antibiotika ist in Anbetracht der Ausbreitung multiresistenter Keime möglichst gering zu halten. Die Tierhalter sind dafür verantwortlich, dass tierische Produkte frei von unzulässigen Medikamentenrückständen sind. Dies ist stichprobenartig zu überprüfen und bei Verstößen zu sanktionieren.



Landesverband Niedersachsen

Wir fordern eine klare und verständliche Kennzeichnung aller Lebensmittel. Der Verbraucher muss auf einen Blick die Zusammensetzung und die Herkunft der Hauptbestandteile der Lebensmittel erkennen.

Vor irreführenden Produktbezeichnungen wollen wir den Bürger schützen.

Durch kürzere Transportwege und bessere Konservierungs- und Verpackungsmethoden soll der Einsatz von Konservierungsstoffen auf ein Minimum begrenzt werden.

8. Der AfD-Sozialpakt

Wir wollen positive Zukunftsaussichten

Den Menschen in unserem Land wieder Sicherheit im Arbeitsleben und im Alter zu geben, ist der Alternative für Deutschland ein besonderes Anliegen. Erst wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, beginnen die Menschen wieder in ihre Zukunft zu investieren. Haben die Menschen in unserem Land eine Zukunft, dann hat auch unser Land wieder eine Zukunft.

Der AfD-Sozialpakt

In Deutschland sind immer noch mehr als zwei Millionen Menschen arbeitslos.

Wir sehen drei Gruppen mit besonderem Förderbedarf:

- Frauen und Männer, die nach der Kindererziehung oder der Pflege von Familienangehörigen zurück in den Beruf streben,
- Jugendliche ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung und
- Langzeitarbeitslose.

Die Landesregierung hat sich seit Jahren weitgehend aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückgezogen und überlässt diese dem Bund und den Kommunen. Die AfD Niedersachsen betrachtet diese Situation mit großer Besorgnis. Wir sind der Meinung, dass alle Möglichkeiten genutzt werden müssen, aktiv die uns alle drängenden Probleme der Erwerbslosigkeit anzugehen. Hierzu wollen wir die berufsständischen Institutionen, wie z. B. die Industrie- und Handelskammern, entsprechend einbinden. Deshalb strebt die AfD einen Sozialpakt mit diesen Institutionen an, um allen unseren Bürgern in Niedersachsen den Weg zu einem selbstbestimmten Leben zu eröffnen, welches jeder Einzelne durch seine eigene Arbeitskraft bestreiten kann.

Beschäftigung durch Qualifizierung

Ob künstliche Intelligenz oder moderne Lenk- und Steuersysteme: Im Zuge der industriellen Revolution 4.0 sehen Fachleute in Deutschland nicht weniger als 18 Millionen Arbeitsplätze in Gefahr. Das ist mehr als jeder dritte Arbeitsplatz. Diese Arbeitnehmer werden sich neue Beschäftigungsfelder suchen müssen.

Wir halten dies für eine gravierende Herausforderung und zeigen als Alternative für Deutschland hier einmal mehr, dass wir Probleme offen benennen und Lösungsansätze bieten:



Landesverband Niedersachsen

Arbeitnehmer sollen durch einen Anspruch auf Weiterqualifizierung rechtzeitig für neue Aufgabenfelder ertüchtigt werden; drohender Arbeitslosigkeit soll hierdurch vorgebeugt werden. In Abhängigkeit von der Dauer der Beschäftigung soll der Arbeitnehmer Ansprüche auf Qualifizierungszeiten erwerben, wie dies heute schon mit großem Erfolg durch den Berufsförderungsdienst im Bereich der Bundeswehr praktiziert wird. Einzelheiten müssen zwischen Arbeitsagentur und Arbeitgebern geregelt werden.

Durch die Bereitstellung von Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Teilzeit oder in berufsbegleitender Form wird einem ggf. drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt. Überdies werden prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgebaut. Diese Maßnahmen sollen auch für Leiharbeiter gelten.

Die hierfür zukünftig zuständigen Jobcenter der Kreise müssen zu diesem Zwecke finanziell aus den frei werdenden Mitteln der Arbeitslosenversicherung entsprechend bedarfsgerecht ausgestattet werden.

Müttern die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Frauen, die wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen. Durch die Familiengründung entsteht in der Erwerbsbiografie von Frauen eine sogenannte M-Kurve. Der Ausbildungsstand von Frauen ist vor dem ersten Kind auf einem hohen Niveau. Durch die Babypause entfernen sich viele Frauen vom Arbeitsmarkt und steigen bei ihrer Rückkehr auf einem viel geringeren Niveau wieder ein.

Durch gezielte Fort- und Weiterbildungsprogramme wollen wir diesem Umstand entgegenwirken. Den Berufsrückkehrerinnen wird dadurch die Möglichkeit eröffnet, wieder in ihrem erlernten Beruf ein Arbeitsverhältnis einzugehen.

Der bereits bestehende Anspruch auf Kita- und Krippenplätze muss insbesondere für berufstätige Frauen endlich praxisnah umgesetzt werden. Hierbei sind die Öffnungszeiten an den Berufsalltag unter Berücksichtigung der Fahrtzeiten anzupassen.

Eine ehrliche Arbeitsmarktstatistik schaffen

Um überhaupt Handlungsfähigkeit in diesem Aufgabenbereich zu erlangen, ist es erforderlich, zuverlässige Zahlen zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Fatalerweise wurden in der Vergangenheit durch die Politiker der Altparteien erhebliche Anstrengungen unternommen, die Statistiken zu schönen. Diese Trickserien haben mit seriöser Politik nichts zu tun.



Landesverband Niedersachsen

Zum Beispiel sollten alle erwerbsfähigen arbeitslosen Menschen, die keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, als arbeitslos gelten und zukünftig als solche in der Statistik des Arbeitsministeriums geführt werden. Dieses gilt insbesondere auch für diejenigen Arbeitssuchenden, die sich in einer Fördermaßnahme ihres Job-Centers befinden.

Wir stehen zum Mindestlohn

Die Sorge um das Wohlergehen der eigenen Bürger muss das oberste Ziel eines Staates sein. Unabdingbar ist es dabei, dass jeder Bürger in der Lage sein muss, durch seine Arbeitskraft ein auskömmliches Leben in seinem Land bestreiten zu können. Daher stehen wir zum bestehenden Mindestlohn.

Hartz-IV-Gesetze nachjustieren

Die Regelungen der Hartz-IV-Gesetze müssen auf den Prüfstand gestellt und nachjustiert werden. Insbesondere sollen Ungerechtigkeiten abgebaut werden. Diese ergeben sich beispielsweise beim Auslaufen des Arbeitslosengeldes I: Derzeit reduzieren sich die Leistungen auf dieselbe Summe, die jemand erhält, der noch nicht berufstätig war.

Wir fordern deshalb, dass bei der Höhe und der Dauer dieser Leistungen auch die Dauer vorheriger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse berücksichtigt wird.

Sozialhilfe nur für Bedürftige

Wir fordern, dass Sozialbetrug, der z. B. durch vorgetäuschte oder verschwiegene Sachverhalte oder durch Mehrfachmeldungen begangen wird, endlich konsequent bestraft wird. Hierzu wollen wir auch den innerbehördlichen Datenaustausch deutlich verbessern. Wenn durch pflichtwidriges Handeln ein finanzieller Schaden entstanden ist, werden wir die betreffenden Mitarbeiter oder Leiter von Behörden in Regress nehmen. So werden wir Verantwortliche, die unter Missachtung des Gesetzes unberechtigt Gelder an angeblich Bedürftige auszahlen, wegen Unterschlagung und Veruntreuung öffentlicher Finanzmittel zur Rechenschaft ziehen.

Zahlungen an Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung stellen wir konsequent ein. Ausreisepflichtige schieben wir ohne Verzug ab.



Landesverband Niedersachsen

Die Öffentlichkeitsarbeit werden wir verbessern. Wer die Wahrheit unterdrückt oder Falschinformationen und geschönte Statistiken zu verantworten hat, ist für den öffentlichen Dienst ungeeignet.

Grundsätzliches zur Rente

Die beiden wichtigsten Komponenten der sozialen Sicherungssysteme, Renten und Gesundheitsversorgung, sind marode und bedürfen dringend einer Neuausrichtung.

Damit sich unser Rentensystem für die Zukunft besser an die gesellschaftlichen Veränderungen anpassen kann, ist es notwendig, dass sich alle Bürger an einem solidarischen Rentensystem beteiligen. Ein Nebeneinander verschiedener Alterssicherungssysteme wird den Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht werden können. Gleichheit und Solidarität sind der Kern der Gerechtigkeit und Maßstab für unsere Gesetzgebung in Deutschland. Gleichheit ist das Rechtsprinzip, das auch dem Rentenkonzept der AfD zu Grunde liegt.

Eine gemeinsame Rentenversicherung ohne Privilegien

Zur langfristigen Sicherung der Rente strebt die AfD eine einheitliche, solidarische Altersversorgung für alle Bürger an. Hierzu ist eine umfangreiche Reform notwendig.

Die alternative gesetzliche Rentenversicherung wird als staatliche Grundversicherung

- für alle Bürger verpflichtend sein. Das bestehende ständisch organisierte Zweiklassenrecht der Altersversorgung wird durch ein solidarisches Versicherungssystem ersetzt.
- weiterhin im Umlageverfahren finanziert werden, der Beitragssatz kann wegen der breiteren Einnahmebasis deutlich abgesenkt werden.
- die Renten sowohl nach oben als auch nach unten begrenzen. Die niedrigste Rente muss vor Altersarmut schützen und ohne weitere private Versicherung eine auskömmliche und angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellen.
- die Grundlage für eine Mindestaltersversorgung über einen einheitlichen Rentenbeitragssatz (ohne Ausnahmen) bilden.

Die Rentenversicherung wird verpflichtet, Rücklagen im Volumen von mindestens einem Jahr der Rentenzahlungen anzulegen.



Landesverband Niedersachsen

Um sie vor staatlichen Zugriff oder Querfinanzierungen zu schützen werden die Sozialversicherungsbeiträge zweckgebunden als Sondervermögen verwaltet.

Die in den vergangenen Jahren für „Versicherungsfremde Leistungen“ aus dem Beitragstopf entnommenen rd. 770 Milliarden Euro sind zurückzuzahlen.

Rentnern Zuverdienste erleichtern – keine Abzüge

Einkünfte, die nach dem Eintritt in die Rente als Zuverdienste erworben werden, sollen frei von jeglichen Abgaben sein.

Die Zwangsverrentung für langzeitarbeitslose Bürger ab dem 63. Lebensjahr, bei der hohe Abschläge in Kauf genommen werden müssen, ist für die Betroffenen unzumutbar und muss künftig unterbleiben.

Wir stellen die Steuerpflicht für Rentenbezüge in Frage und auf den Prüfstand.

Das Existenzminimum ist kein Spekulationsobjekt

Die Altersvorsorge darf kein Spekulationsobjekt zur Gewinnerzielung privater Finanzdienstleister auf Kosten und Risiko der Beitragszahler sein. Daher gehört die Sicherung eines Mindestlebensstandards im Alter zur staatlichen Daseinsvorsorge und nicht in private Hände.

Überdies sind viele Arbeitnehmer aufgrund ihres geringen Einkommens gar nicht in der Lage, private Altersvorsorge zu betreiben.

Bezahlbares Wohnen fördern

Wohnen in Niedersachsen muss auch bei geringerem Einkommen – insbesondere in unseren Städten – wieder möglich sein. Wir setzen uns daher für bezahlbare Mieten in den Ballungszentren ein. Hierzu wollen wir zur Eigentumsförderung Grundstücke der öffentlichen Hand in Erbbaurecht zur Verfügung stellen und genossenschaftliches Wohnen fördern.

Alternative Wohnformen ausbauen

Alternative Wohn- und Betreuungsformen werden mit steigender Anzahl alter Bürger immer wichtiger. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das sinkende Rentenniveau die Finanzkraft der zukünftigen Rentner schmälern wird.

Wir unterstützen daher die vielfältigen Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu führen. Sie reichen vom Wohnen zu Hause mit Unterstützung – etwa dem betreuten Wohnen – über Stadtteilkonzepte, generationsüber-

greifendes Wohnen, Seniorenhausgemeinschaften, Seniorenwohngemeinschaften über ambulant betreute Wohngemeinschaften bis hin zu teil- und vollstationären Einrichtungen.

Das Ziel der vielfältigen neuen Wohnformen ist es zum einen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Zum anderen spielt das selbstbestimmte Wohnen bis an das Lebensende eine besondere Rolle.

Auch ökologische Aspekte werden aufgegriffen, indem energetisch sinnvolle Gesamtkonzepte entwickelt werden. Die Siedlungs- und Stadtentwicklung erhält somit in baulicher, ökologischer und sozialer Hinsicht neue Impulse.

Dieser Wohnwandel erfordert aber auch eine Verbesserung der kommunalen und finanziellen Rahmenbedingungen, um das neue Wohnen unterstützen zu können. Wohn-Pflege-Gemeinschaften und andere innovative Wohnformen für ältere Menschen zeichnen sich durch ein hohes Maß an Selbstbestimmung, Teilhabechancen sowie Wahlfreiheit bei Pflege- und Betreuungsleistungen aus.

Landflucht in Niedersachsen beenden

In Niedersachsen findet derzeit eine ungebremsste Wanderungsbewegung vom Land in die Städte statt. Diese Landflucht trägt dazu bei, dass bezahlbarer Wohnraum in den Großstädten kaum noch vorhanden ist. Daneben droht die Gefahr, dass der ländliche Raum verödet und dort die Basisinfrastruktur nicht mehr uneingeschränkt vorgehalten werden kann.

Die AfD Niedersachsen setzt sich dafür ein, der Landflucht entgegenzuwirken, indem das Leben außerhalb der Städte wieder attraktiver wird. Voraussetzung ist eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verbesserung der Lebensqualität und Wirtschaftskraft.

Wir unterstützen mittelständische Strukturen, z. B. in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelerzeugung und -veredelung.

Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen

Wir wollen Anreize schaffen, damit Unternehmen ihre Produktionsstätten in ländliche Gebiete verlagern und Firmen-Neugründer ermutigt werden, in ländlichen Gebieten ansässig zu werden. Dies gilt ganz besonders für die digitalen Arbeitsbereiche.

Der schnelle weitere Ausbau des digitalen Breitbandnetzes muss daher äußerste Priorität genießen. Ferner schafft er gerade für Mütter die Möglichkeit, im Homeoffice-Bereich tätig zu sein. Je mehr Firmen und Handwerksbetriebe in



Landesverband Niedersachsen

ländlichen Gebieten ansässig sind, desto weniger findet eine Landflucht in die Städte statt. Gerade auch für junge Menschen entstehen so Zukunftsperspektiven in ihrer angestammten Heimat.

Die Idee der Bürgerbusse vorantreiben

Wir werden den Ausbau des sogenannten Bürgerbus-Netzes mit Kleinbussen vorantreiben. Eine logische Weiterentwicklung ist die Schaffung von Angeboten für flexible Ruf-Bus-Lösungen. Dadurch erschließen sich den Menschen weitere Einkaufsmöglichkeiten in Wohnortnähe.

Das erweiterte Bürgerbus-Liniennetz erleichtert außerdem die medizinische Versorgung gerade von älteren Bürgern ohne eigenen PKW.

Das Gemeinwesen auf dem Lande fördern

Die Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit soziokulturellen Einrichtungen darf nicht mehr vernachlässigt werden.

Wir wollen das Gemeinwesen fördern und die Wohn- und Lebensqualität in den ländlichen Gemeinden verbessern. Neben den klassischen Einrichtungen wie Gemeindezentren, Kitas und Schulen sollen auf ehrenamtlicher Basis Treffpunkte mit vielfältigen Angeboten für Menschen aller sozialen Gruppen geschaffen werden.

Das dörfliche Leben wird durch ehrenamtlich engagierte Mitmenschen gestärkt, die in der Freiwilligen Feuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz aktiv sind, als Dorfhelferinnen oder im Landfrauenbund. Wesentliche Träger ehrenamtlichen Engagements sind außerdem die klassischen Vereine, denen unser besonderes Augenmerk gilt. Hierzu gehören Sport-, Schützen-, Heimat-, Gesangs- und Kulturvereine.

Auf Landkreisebene unterstützen wir die Kreisvolkshochschulen und die Kreismusikschulen.

Die AfD Niedersachsen wird über geänderte Steuerschlüssel die Kommunen finanziell besser in die Lage versetzen, die sozialen Dienste und das Kulturleben auf dem Lande angemessen zu unterstützen.

Kulturförderung nur für staatstragende Organisationen

Die staatliche Förderung von kulturellen oder gesellschaftlichen Einrichtungen oder Vereinen trägt wesentlich zur Bildung unserer Bevölkerung bei. Die AfD Niedersachsen tritt aber entschieden dafür ein, dass Fördermittel nur an solche



Landesverband Niedersachsen

Vereinigungen vergeben werden, die ausdrücklich die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes bejahen. Dies gilt auch für diejenigen, die von diesen Vereinigungen Mittel erhalten.

Im Übrigen sind Förderprogramme nur für Projekte aufzulegen, deren gesellschaftliches Interesse aus dem Grundgesetz abgeleitet werden kann.

9. Die Familien sind das Herz und die Zukunft unserer Nation

Familien wieder die gebührende Anerkennung geben

Wir wollen der Familie bestehend aus Vater, Mutter und Kindern endlich wieder die ihr angemessene Wertschätzung zukommen lassen. Sie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft und sichert Zusammenhalt und Lastenverteilung gerade auch für die Zukunft.

Betreuung und Erziehung möglichst familiennah leisten

Sehr wichtig ist, dass die gesellschaftliche Bewertung der Mutterrolle deutlich positiver wird. Die Leistung vieler Mütter für unsere Gesellschaft ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Die familiennahe Betreuung ist ein Recht der Eltern. Wir wenden uns gegen eine staatliche Zwangsbetreuung und stehen für eine echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.

Die sichere Bindung zu Bezugspersonen ist die Grundlage für eine gesunde und erfolgreiche Entwicklung vom Kleinkind an. Auch deswegen unterstützen wir die kleinkindliche Erziehung im Kreis der Familie.

Die Familien sollen frei von finanziellen Nöten entscheiden können, ob sie ihre Kleinen zu Hause betreuen oder in einer Krippe und einem Kindergarten betreuen lassen. Die AfD strebt deshalb die vollständige Abschaffung von Kindergartengebühren sowie die Einführung eines Landesbetreuungsgeldes in Höhe von 500 Euro monatlich für Kinder unter 3 Jahren und 300 Euro für Kinder unter 6 Jahren an.

Fehlentwicklungen in der Demografie entgegenwirken

Wir wollen durch eine familienfreundliche Politik dazu beitragen, dass wieder mehr deutsche Kinder geboren werden.

In der unkontrollierten und unbegrenzten Zuwanderung nach Deutschland sehen wir kein geeignetes Mittel, um der demografischen Entwicklung einer zahlenmäßig sich verkleinernden deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken.

Im Gegenteil: Die kostenintensive Zuwanderung unter Missbrauch geltender Asylgesetze wird die arbeitende Bevölkerung noch stärker als bislang finanziell belasten und die gestalterischen Spielräume im Hinblick auf Familie, kulturelle Selbstbestimmung, gesellschaftliche Entwicklung und Religionsfreiheit weiter

massiv einschränken. Analphabeten aus unaufgeklärten und mittelalterlichen Gesellschaften lösen keine Probleme, sondern schaffen neue.

Nach einer Trennung Sorgerecht für beide Eltern

Einelternfamilien sollten die Ausnahme sein, denn ein Kind braucht Vater und Mutter. Nach der Trennung von Paaren ergeben sich häufig schwierige Situationen, die gemeinsame Erziehungsaufgabe zu bewältigen. Zur Sicherung des Kindeswohls muss gewährleistet sein, dass beide Elternteile an der Sorge und dem Umgang mit dem Kind beteiligt sind.

Alleinerziehende unterstützen

Wenn ein Elternteil diese Aufgabe allein bewältigen muss, kann es jedoch staatlicher Unterstützung bedürfen. In solchen Fällen ist z. B. eine Erziehungspartnerschaft anzustreben, in der Eltern und Gesellschaft zusammenwirken.

Kinder von Alleinerziehenden sind besonders von Armut betroffen: Knapp die Hälfte der Haushalte in Niedersachsen mit einem Erwachsenen und einem Kind sind armutsgefährdet. Daher gilt es, durch geeignete Maßnahmen die Arbeitsbedingungen und die Möglichkeiten der Kinderbetreuung und damit die Situation für Alleinerziehende insgesamt zu verbessern.

Beratung und Ermutigung für junge Paare

Wir wollen junge Eltern ermutigen, einen Haushalt zu führen und ihre Kinder verantwortungsbewusst zu erziehen. Wir schaffen deshalb Beratungsangebote für junge Paare und Eltern, damit sie ihre Aufgaben und ihre Verantwortung als Eltern kennen lernen und sie erfüllen können.

Dies beginnt bei der Zubereitung von gesunden und schmackhaften Mahlzeiten in der eigenen Küche, zieht sich über Rahmenbedingungen für die Bewältigung der Hausaufgaben, Regeln zum Umgang mit elektronischen Medien und Spielkonsolen und endet bei der persönlichen Zuwendung bei der abendlichen Gute-Nacht-Geschichte.

Hinzu kommt die Vermittlung von Fertigkeiten und Förderung der Fähigkeiten des täglichen Lebens. Von besonderer Bedeutung ist, Kinder zu ermuntern, statt sie abzuschirmen.

Wir wollen das Instrument der Kreisvolkshochschulen nutzen, um in dieser Richtung noch stärker und flächendeckend gezielte Bildungsangebote für junge Familien zu machen, und mit Nachdruck hierfür werben.

Frühe Familiengründung auch im Studium erleichtern

Wir setzen uns dafür ein, dass die Familiengründung während Studium und Ausbildung (Modell „Studieren mit Kindern“) stärker gefördert wird. Wer bereits den Fachhochschul- oder Hochschulabschluss mit Kindern meistert, wird auch den Übergang in den beruflichen Alltag einfacher bewältigen. Die Entstehung von Familien und Mehrkindfamilien deutlich vor dem 35. Lebensjahr der Mutter ist auch medizinisch indiziert. Das Modell „Studieren mit Kindern“ werden wir umsetzen, indem wir:

- Menschen im Studium und der Ausbildung beraten und ihnen helfen (Kredite, Wohnung, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim Bafög etc.),
- den Studien- und Ausbildungsverlauf flexibel ausgestalten und
- den Zugang sowie den Übergang zum Fernstudium erleichtern, da ein Studium mit Kindern bei einem Fernstudium leichter zu organisieren ist.

Familien mit Kindern finanziell vielfältig fördern

Ein großes Anliegen der AfD ist die Beseitigung der finanziellen Benachteiligung von Familien mit Kindern.

Wir werden im Bereich des Steuerrechts das Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting ersetzen. Weitere Maßnahmen sind z. B. kostenlose Kindergartenplätze und die Lernmittelfreiheit.

Wir werden zudem dafür sorgen, dass junge Paare Unterstützung zur Familiengründung erhalten. Hierfür kommen z. B. zinslose Darlehensangebote infrage, sofern mindestens ein Partner sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Gezielte Förderungen sollen Paare dazu ermutigen, sich für mehrere Kinder zu entscheiden. Mit der Geburt jedes weiteren Kindes würde sich die Rückzahlungsverpflichtung anteilig verringern.

Rentenanwartschaften durch Kindererziehung

Die Kinder von heute sind die Beitragszahler von morgen. Den Beitrag, den Eltern durch das Aufziehen von Kindern gegenüber der Gesellschaft leisten, wollen wir stärker anerkennen.

Demgegenüber besteht allerdings für Eltern häufig das Problem, dass aufgrund fehlender oder zeitlich eingeschränkter Berufstätigkeit in der Zeit der Kindererziehung die Rente sehr gering ausfällt.

Durch Kindererziehungszeiten bedingte Beeinträchtigungen im beruflichen Fortkommen sollen bei der Rente und in der Krankenversicherung der Rentner

einen angemessenen und gerechten Ausgleich erfahren. Hierzu gehört, dass wir für Eltern in den Erziehungsjahren staatliche Ergänzungsbeiträge zur Rentenversicherung einführen werden.

Insgesamt sollen sich die Renten zukünftig im gleichen Maße sowohl nach den eingezahlten Beiträgen als auch nach den Kindererziehungszeiten richten.

Kinderarmut bekämpfen – Bündnisse für benachteiligte Kinder

In der Sicherung der Zukunft unserer Kinder liegt eine der Hauptmotivationen unseres Handelns. Die Armut von Kindern und die damit verbundene soziale Ausgrenzungen sind eines hochentwickelten Industrielandes unwürdig und bedürfen einer Lösung.

Das „Bildungspaket“ aus der Hartz-IV-Gesetzgebung ist jedoch bürokratiebeladen und wird daher nur zögerlich in Anspruch genommen. Die AfD will es entbürokratisieren und darüber hinaus in Städten und Kommunen gemeinsam mit Schulen, Kitas und Sportvereinen Bündnisse für benachteiligte Kinder schließen. Ermöglicht werden sollen hierdurch neben einem kostenlosen Mittagessen gemeinsame Freizeitaktivitäten, z. B. im Bereich des Sports, und nicht zuletzt Bildungsprojekte wie etwa die Hilfe bei Schulproblemen.

Jugend- und Sozialhilfe: Fördern und Fordern

In der Jugend- und Sozialhilfe gilt es, nicht Missstände zu verwalten, sondern sie abzustellen. Fördern und Fordern gehören zusammen. Wo die Familie versagt, muss angemessen eingegriffen werden. Um verwahrloste und kriminelle Jugendliche zu resozialisieren, müssen ihnen die Normen und Werte unserer Gesellschaft nachhaltig vermittelt werden. Hierzu werden wir in ausreichendem Maße geschlossene Einrichtungen zur Verfügung stellen. Jugendliche, die sich dem entziehen oder verweigern, müssen konsequent mit den gesetzlichen Möglichkeiten sanktioniert werden.

Das Leben auf dem Lande für Familien fördern

Wir unterstützen Bemühungen der Kommunen, junge Familien zu motivieren, sich in ländlichen Gebieten niederzulassen.

Anreize hierfür können Baukostenzuschüsse und der Verzicht der Kommunen auf die Grunderwerbssteuer sein. Auch fordern wir die Wiedereinführung der Eigenheimförderung.

10. Gesundheitsversorgung sichern – Strukturen modernisieren

Effizienz und Menschlichkeit sind kein Widerspruch

Das Streben nach Kostensenkung und Effizienzsteigerung führt im Gesundheitswesen zunehmend zu einer Industrialisierung der Medizin unter Verlust der Menschlichkeit. Wir wollen daher, dass sich die Behandlung von Patienten nicht ausschließlich an wirtschaftlichen Faktoren orientiert. Vielmehr sollte die Effizienz durch bessere Verzahnung des ambulanten und stationären Sektors gesteigert werden.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Gesundheit gehört zu den höchsten Lebensgütern. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung für alle Bürger in Stadt und Land gehört zu den Grundpfeilern des modernen Sozialstaates. Ärztemangel und eine älter werdende Gesellschaft stellen die ländlichen Regionen schon jetzt vor große Herausforderungen. Für die Entscheidung junger Familien, sich in ländlichen Regionen niederzulassen, ist eine flächendeckende allgemeinmedizinische und zahnärztliche Versorgung ebenso unabdingbar wie die Möglichkeit, die Dienste von Hebammen in Anspruch nehmen zu können. Wir setzen uns deshalb für eine dezentrale, wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung für alle Bürger ein.

Um dies sicherzustellen, muss die finanzielle Unterstützung z. B. von Ärzten, die mit ihrer Praxis in die ländlichen Regionen wechseln, gegeben sein.

Wir begrüßen neben der tragenden Säule der niedergelassenen, freiberuflichen Ärzteschaft auch alternative Versorgungsformen, wie etwa lokale Gesundheitszentren, da dort auch Mediziner unterschiedlicher Fachrichtungen mit flexiblen Arbeitszeitmodellen im Angestelltenverhältnis arbeiten können.

Den Betrieb von Gesundheitszentren durch Klinikkonzerne sehen wir kritisch, da Gesundheitszentren einen Teil der Daseinsvorsorge darstellen und nicht der Gewinnmaximierung unterliegen sollten.

Hebammen aktiv unterstützen

Die AfD Niedersachsen will die Geburt zu Hause oder in Geburtshäusern als alternatives Angebot auch in der Fläche erhalten. Ausgleichszahlungen oder



Landesverband Niedersachsen

der Sicherstellungszuschlag lösen das grundsätzliche Problem immer weiter steigender Haftpflichtprämien nicht.

Wir fordern daher, die freiberuflich tätigen Hebammen von der Berufshaftpflichtversicherung zu entlasten und die Kosten durch das Land übernehmen zu lassen.

Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln

Wir werden die Zusammenarbeit der Leistungserbringer insbesondere bei chronisch Kranken fördern sowie die Gesundheitsberufe besser organisieren und weiterentwickeln. Die mangelnde Vernetzung der Akteure und die oft mangelhafte Patientenzentrierung sind zentrale Kostentreiber im deutschen Gesundheitswesen. Deshalb fordern wir die substantielle Weiterentwicklung von regionalen Gesundheitsnetzwerken, um Steuerungsmöglichkeiten vor Ort mit einem hohen Maß an Bürgerbeteiligung zu schaffen.

Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung

Wir wissen, dass wir im Krankenhaussektor zum Teil erhebliche, historisch gewachsene Überkapazitäten haben, besonders in den Ballungszentren. Die 2003 eingeführte Vergütung stationärer Leistungen in Form von diagnosebasierten Pauschalen hat dazu beigetragen, dass einst rentabel geführte, wohnortnahe Krankenhäuser unrentabel geworden und in wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Privatisierungen, Schließungen und Zusammenlegungen waren und sind die Folge.

Wir können und wollen uns wirtschaftlichen Realitäten nicht verschließen. Aber wir wollen diese Entwicklung ergebnisoffen prüfen und gesundheitspolitische Fehlentscheidungen im Sinne der Patienten abwenden. Den Rückzug staatlicher bzw. kommunaler Krankenhausträger aus der stationären Versorgung sehen wir kritisch. Bei der wirtschaftlich gebotenen Zusammenlegung von Standorten setzen wir auf Bürgerbeteiligung und Transparenz. Es muss sichergestellt werden, dass damit keine Verschlechterung der Versorgung verbunden ist.

Wir wollen regionale Krankenhäuser erhalten und lehnen die Industrialisierung der Medizin durch Klinikkonzerne ab.



Landesverband Niedersachsen

Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern

Die AfD Niedersachsen fordert, dass Notfallpraxen, sog. Portalpraxen, flächen-deckend an die Krankenhäuser, die mit ihnen zusammenarbeiten, angegliedert werden und 24 Stunden erreichbar sind. Dies reduziert die teure und fehlge-steuerte Inanspruchnahme der Krankenhausambulanzen und erhöht die Sicher-heit der Akteure.

Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache

Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens. Ärzte und Pflegekräfte, die den Patienten nicht verstehen, sind wenig geeignet, Vertrauen zu schaffen. Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, müssen daher die deutsche Sprache sicher beherrschen.

Prävention durch Gesundheitserziehung ist gut angelegtes Geld

Gute Prävention macht spätere Krankenbehandlungen überflüssig und spart Geld. Wir unterstützen daher Maßnahmen, die geeignet sind, den Gesund-heitszustand der Bevölkerung vorsorglich (präventiv) zu verbessern und gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden. Dies ist eine gesamt-gesellschaftliche Querschnittsaufgabe.

Gesundheitserziehung soll im Elternhaus beginnen, in Kindergärten und Kindertagesstätten ergänzt werden und auch selbstverständlicher Bestandteil der Lehrpläne an den Schulen sein. Gesundheitspädagogische Angebote an den Volkshochschulen kommen hinzu.

Den Kommunen die Durchführung von Prävention ermöglichen

Mit dem Präventionsgesetz 2015 sind die Krankenkassen gesetzlich dazu verpflichtet worden, Mittel für Präventionsprogramme auch in allen nieder-sächsischen Gebietskörperschaften vorzuhalten. Das Land Niedersachsen hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Kommunen in die Lage versetzt werden, diese Mittel auch abzurufen und einzusetzen.

Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens

Wir unterstützen sowohl den Schul- als auch den Vereinssport, weil beiden Bereichen eine entscheidende Rolle für die Gesundheit der Bevölkerung zukommt.



Landesverband Niedersachsen

Personalausstattung mit Pflegepersonal verbessern

Die derzeitige Personalausstattung ist in deutschen Krankenhäusern, also auch in Niedersachsen, im internationalen Vergleich stark unterdurchschnittlich. Eine Pflegekraft in Deutschland muss doppelt so viele Patienten versorgen wie eine Pflegekraft in den Niederlanden. Hier muss mehr investiert werden. Die Versorgungsqualität hat Vorrang vor Wirtschaftlichkeitserwägungen.

Fachleute in die Aufsichtsgremien, keine verdienten Genossen

Wir fordern, dass in den Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft eine Besetzung der Aufsichtsgremien durch qualifizierte Fachleute erfolgt, damit erforderliche Reformen nicht am Einfluss von Parteipolitikern scheitern.

Antibiotikastrategie forcieren

Der Einsatz von Antibiotika ist für den Menschen zur Bekämpfung lebensbedrohlicher Infektionskrankheiten unverzichtbar. Die Zunahme antibiotikaresistenter Keime macht es jedoch immer schwerer, im Notfall auf wirksame Antibiotika zurückgreifen zu können.

Wir fordern deshalb eine Liste von „Reserve-Antibiotika“, die nur dem Menschen vorbehalten sind. Auch alle anderen Quellen der Antibiotikaresistenz - wie etwa die Hygiene in Krankenhäusern - müssen stärker fokussiert und kontrolliert werden.

Impfpflicht nur im Notfall, im Regelfall stattdessen Impfberatung

Eine allgemeine Impfpflicht lehnen wir als Eingriff in das Persönlichkeitsrecht des Bürgers grundsätzlich ab. Wegen der Einwanderung und der zunehmenden Impfmüdigkeit empfehlen wir jedoch, über empfohlene Impfungen und ggf. über die Kostenerstattungsmöglichkeiten verstärkt zu informieren und aufzuklären. In Notsituationen, etwa Pandemien, könnten Impfungen kurzzeitig zur Pflicht werden.

Palliativmedizin ausbauen

Jeder Bürger, dessen Lebensende unausweichlich ist, hat das Recht, sein Leben in Würde und ohne Schmerzen beenden zu können. Dazu bedarf es einer flächendeckenden palliativmedizinischen Versorgung in Form eines ganzheitlichen Konzeptes. Bislang ist der Bedarf an Einrichtungen der



Landesverband Niedersachsen

spezialisierten Palliativmedizin, wie etwa Sterbehospizen und Palliativstationen, in Niedersachsen nicht gedeckt.

Wir werden daher das palliativmedizinische Angebot nachhaltig fördern und weiter ausbauen.

Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld

Die im Rahmen der demographischen Entwicklung zu erwartende Erhöhung der Anzahl der Pflegebedürftigen bei gleichzeitiger Verringerung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel ist eine enorme gesellschaftliche Herausforderung. Zugleich wünschen sich die meisten Menschen, so lange wie möglich im häuslichen Umfeld gepflegt zu werden. Aus diesem Grund setzt sich die AfD ganz besonders für die Interessen von pflegebedürftigen Menschen, pflegenden Angehörigen und Pflegefachkräften ein.

Wir unterstützen auch Wohnmodelle, z. B. Mehrgenerationenhäuser, die es im sinnvollen Rahmen ermöglichen, dass sich Menschen gegenseitig helfen.

Stationäre Pflege durch klare Fokussierung verbessern

Der Staat hat nicht die Aufgabe, alle Pflegebedürftigen in staatlichen Pflegeheimen zu betreuen. Das kann er zukünftig auch gar nicht leisten. Er setzt allerdings die Rahmenbedingungen.

Die stationäre Pflege soll vor allem Bedürftigen mit schweren oder mehreren gleichzeitigen Einschränkungen (Multimorbidität) dienen, bei denen die Angehörigen oder Mitbewohner überfordert sind und die häusliche Unterbringung nicht mehr vertretbar ist.

Durch eine Konzentration auf diejenigen Menschen, die stationäre Pflege am dringendsten nötig haben, wollen wir die finanziellen Mittel aufbringen, um in diesen Fällen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Pflegeberufe stärken

Wir lehnen Bestrebungen der Altparteien entschieden ab, es zuzulassen, dass pflegebedürftige Menschen in Pflegeheime ins Ausland abgeschoben werden oder in Deutschland billigen Hilfskräften überlassen werden, die der deutschen Sprache nur unzureichend mächtig sind. Das ist menschenunwürdig.

Die Versorgung in der Pflege muss sich gleichermaßen an den Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen, ihrer Angehörigen und Pflegefachkräfte orien-



Landesverband Niedersachsen

tieren. Menschenwürdige Pflege braucht qualifiziertes und vor allen Dingen über hinreichend Zeit verfügendes Pflegepersonal.

Ursachen für fehlenden Berufsnachwuchs und die mangelnde Bereitschaft, dauerhaft in pflegerischen Berufen tätig zu sein, sind neben hohem Leistungsdruck und Überlastung auch eine unzureichende gesellschaftliche Wertschätzung des Berufes bei weitgehend inadäquater Entlohnung. Die niedersächsischen Pflege-Vergütungssätze sind im westdeutschen Vergleich deutlich zu niedrig. Das akzeptieren wir nicht länger.

Die Qualifizierung in der Pflege soll weiter ausgebaut werden und auch weiteren Eingang in die Hochschulausbildung finden.

Um die verschiedenen Pflegeberufe wieder attraktiver zu gestalten, fordern wir

- eine Entbürokratisierung der pflegerischen Tätigkeiten,
- mehr und ansprechendere Aus- und Weiterbildungsangebote,
- eine leistungsgerechtere Vergütung sowie
- einen verbindlichen länderübergreifenden Mindestpersonalschlüssel für das Pflegepersonal.

11. Bildung ist Zukunft – unser Bildungssystem wiederaufbauen

Welche Ziele Schule haben soll

Die Alternative für Deutschland tritt für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes, entbürokratisiertes und durchlässiges Schulsystem ein. Es folgt nicht pädagogischen oder didaktischen Modetrends, sondern setzt auf die bewährten Fächer und vermittelt feste Fachkenntnisse, wie sie auch im Berufsleben unabdingbar sind.

Dieses Schulsystem, das die jungen Menschen in ihrer Entwicklung zu selbstständigen Staatsbürgern und Berufstätigen unterstützt, verzichtet darauf, wirklichkeitsfremde Erwartungshaltungen zu erzeugen, und erkennt an, dass Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft individuell sehr unterschiedlich ausgeprägt sind.

Wie Lernerfolge gelingen

Die einzelnen Schüler können ihre auf verschiedenen Gebieten unterschiedlich ausgeprägten Befähigungen nutzen, um bedeutsame und anspruchsvolle Lerngegenstände zu durchdringen, diese zu verknüpfen und anzuwenden. Dazu ist in der Regel Anstrengung unverzichtbar. Das erfolgreiche Ergebnis stellt Leistung im schulischen Sinne dar, der reine Versuch nicht.

Wie in allen Lebensbereichen kann Leistung aber auch von Schülern und Lehrern nur dann erzielt werden, wenn sie ihre Aufmerksamkeit nicht fortdauernd aufspalten müssen. Dies setzt voraus, dass es für jede Klasse ein gemeinsames Lernziel gibt, das von allen Beteiligten erreicht werden muss.

Die unbedingt notwendige Zeit für Vertiefungen und Übungen wird nur dann zur Verfügung stehen, wenn Schule sich auf ihren Kernbereich konzentriert: den leistungsorientierten Fachunterricht.

Was Schule nicht leisten kann und soll

Um die Konzentration der Schule auf diese Kernaufgaben gewährleisten zu können, muss zur Kenntnis genommen werden, was Schule nicht oder kaum leisten kann:

Sie darf und kann insbesondere nicht der Ort sein, weltfremde Blümenträume selbsternannter gesellschaftlicher „Eliten“ zu erproben. Neben der Radikal-Inklusion ist hier u. a. die „individuelle Förderung eines jeden Schülers“ zu

nennen. Utopien dieser Art sind im Unterricht nicht durchführbar, verschleiß den Finanzmitteln und vor allem das Lehrpersonal.

Auch kann Schule nur sehr begrenzt ein Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Probleme sein, an deren ehrliche Analyse sich die etablierten Parteien nicht herantrauen.

Ganztagsschulen lösen nicht unsere Probleme

So wird der verpflichtenden Ganztagschule zugeschrieben, Kinder aus Unterschichtmilieus herausführen zu können. Auch wenn diese Hoffnung sympathisch klingt, muss man nüchtern feststellen, dass Schule in der Wirklichkeit dafür nur bedingt geeignet ist. Die fehlenden sozialen Verbindungen der Schüler zur Familie, zu Vereinen und Freundschaftsgruppen kann von der Ganztagschule nicht ersetzt werden. Außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote können ihren begrenzten Beitrag zur Milderung der Probleme besser und gleichzeitig kostengünstiger leisten. Insbesondere darf die Leistung der Vereine für die Entwicklung der Heranwachsenden und den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht unterschätzt werden. Diese wertvolle gesellschaftliche Arbeit wird durch die verpflichtende Ganztagschule massiv gefährdet.

Das einzige realistische, sinnvolle und finanzierbare Ziel einer – allerdings freiwilligen – Ganztagsbeschulung besteht darin, den Wunsch vieler berufstätiger Eltern nach Betreuung und Verpflegung ihrer Kinder sicherzustellen.

Der Mensch beginnt nicht mit dem Abitur: berufliche Bildung stärken

Zudem ist die Annahme irrig, dass eine allgemeine Vergabe des Abiturs einen gesellschaftlichen Fortschritt darstelle. Vielmehr zeigt sich, dass eine solide handwerkliche oder auch kaufmännische Ausbildung von Fall zu Fall die tragfähigere Basis für ein geordnetes Erwerbsleben bieten kann als ein geistes- oder sozialwissenschaftliches Studium. Dementsprechend setzen wir uns für eine Stärkung des weltweit anerkannten deutschen Systems der dualen Berufsausbildung ein.

Ein klares Profil für jede Schulform und jede Schullaufbahn

Die weiterführenden Schulformen müssen eigenständige Profile entwickeln, die der jeweiligen Zielgruppe angemessen sind.

„Eine Schule für alle“ hingegen verringert die Bildungsunterschiede nicht, sie verstärkt sie vielmehr noch, zumal die leistungsstärkeren Schüler an



Landesverband Niedersachsen

Privatschulen wechseln werden, die ihren Wünschen nach interessanten Lerninhalten und guten Berufschancen gerechter werden. Als Folge wird der Aufstieg durch Leistung zurückgedrängt zugunsten des „Aufstiegs durch den Geldbeutel“.

Wir fordern die Wiedereinführung der Schullaufbahnpflicht; die konkrete Wahl der richtigen Schulform muss dabei in der Verantwortung der Eltern bleiben. Wer jedoch ohne eine entsprechende Empfehlung eine Schulform besucht, muss sich in Klasse 5 einem Probejahr stellen.

Leistung einfordern, Schwächen sichtbar machen

Bisher müssen schriftliche Arbeiten, in denen mehr als 30% der Schüler mangelhafte oder ungenügende Leistungen erreicht haben, wiederholt oder vom Schulleiter genehmigt werden. Dies führt insbesondere in leistungsschwachen Klassen dazu, dass das Anforderungsniveau abgesenkt wird. Deshalb fordern wir, dass der entsprechende Wert auf 50% heraufgesetzt wird.

Wir fordern auf mittlerer Sicht jährliche landesweite Vergleichsarbeiten in den Hauptfächern, die von externen Kräften durchgeführt und korrigiert werden und deren Ergebnis in die schriftliche Note der Schüler eingeht. Basieren müssen die Arbeiten, die von der Grundschule bis zum Abitur reichen, auf genauen Kriterien und Lehrplänen, die sich an den deutschen Bildungstraditionen orientieren.

Einheimische Schüler dürfen infolge des massiven Zuzugs von Kindern, die kein Deutsch sprechen, nicht in ihrer schulischen Entwicklung beeinträchtigt werden.

Die Unterrichtssprache ist Deutsch

Muslimische Migranten haben ungewöhnlich häufig schulische Probleme, die oftmals auch durch die schlechte Beherrschung der deutschen Sprache bedingt sind. Anstatt diese Probleme zu analysieren und zu lösen, wollen einige Altparteien Türkisch und Arabisch zu regulären Schulfächern machen. Darüber hinaus wollen sie sogar die Möglichkeit schaffen, dass Abiturienten diese Sprachen als Prüfungsfach belegen können. Da in Niedersachsen zudem der islamische Religionsunterricht ausgebaut wird und viele weitere Fächer bilingual unterrichtet werden dürfen, droht die vermehrte Bildung von Klassen, in denen muslimische Schüler in einer wachsenden Zahl an Fächern von muslimischen Lehrern in fremder Sprache unterrichtet werden.



Landesverband Niedersachsen

Wir halten diese Entwicklung für integrationsfeindlich und unverantwortlich. Deshalb lehnen wir sie strikt ab. Nicht nur wird der Wert des Abiturs noch zweifelhafter werden, vor allem droht die Herausbildung eines parallelen Schulsystems.

Schulen entbürokratisieren, Lehrer unterrichten lassen

Guter Unterricht wird von guten Lehrern gemacht, die Zeit für gründliche Unterrichtsvorbereitung, aussagekräftige Korrekturen und pädagogische Tätigkeiten haben. Die seit Jahren erzwungene Produktion von Papieren und Konzepten in Konferenzen, Arbeitsgruppen und Komitees hat i. d. R. keinen praktischen Nutzen. Genauso überflüssig wie die „individuellen Lernentwicklungsberichte“ ist die an jeder Schule durchzuführende Konkretisierung der „Kerncurricula“ zu schuleigenen Lehrplänen.

Wir fordern ferner, dass die allgemeinen schulfachlichen Verwaltungsstellen im Kultusministerium und Schulbehörden im Regelfall mit Lehrern besetzt werden. Nur Lehrer mit Praxiserfahrung können die Auswirkungen von Entscheidungen in vollem Umfang einschätzen. Damit verbunden fordern wir jedoch auch eine Wiedereinsetzung dieser Stelleninhaber im Schulunterricht nach einem Rotationsprinzip, damit das Problembewusstsein für die Alltagsrealität der Schule erhalten bleibt.

Nicht in die ureigenen Rechte der Familien eingreifen

Vor der Einflussnahme schulfremder Interessengruppen auf den Unterricht – womöglich sogar unter Ausschluss des Lehrers – müssen unsere Kinder wieder sicher geschützt werden. Insbesondere müssen die jüngsten Änderungen in den Lehrplänen zu Themen wie „Sexuelle Vielfalt“ und „Gender Mainstreaming“ unverzüglich aufgehoben werden.

Höflichkeit, Fleiß und Disziplin einfordern

Wir erwarten von allen Schülern die Akzeptanz unserer freiheitlich-aufgeklärten Werteordnung und der Grundregeln eines höflichen mitmenschlichen Umgangs.

Um der Einhaltung schulischer Regeln Nachdruck zu verleihen, benötigen Lehrkräfte und Schulen erweiterte Disziplinierungsmöglichkeiten. Die Schulen müssen zudem mit Hilfe von Jugendamt und Polizei schneller und unbürokratischer gegen Schulschwänzer vorgehen können.

An den Grundschulen wieder richtig Lesen und Schreiben lernen

Wir fordern einen methodisch einheitlichen Anfangsunterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen auf der Grundlage wissenschaftlich belegbarer fachdidaktischer Erkenntnisse. Das Erlernen einer Schreibschrift muss wieder verbindlich sein. Verheerende Methoden wie „Lesen durch Schreiben“ müssen unverzüglich eingestellt werden. Der Anfangsunterricht im Lesen und Schreiben muss zudem mehr Gewicht erhalten. Wieder eingeführt werden muss eine eigenständige und gewichtige Rechtschreibzensur, die v. a. auf Diktaten als eigenständiger Form der Klassenarbeit basiert. Die für die Einübung der Fähigkeiten notwendige Zeit kann u. a. durch Streichungen an anderer Stelle erwirtschaftet werden.

Grundschul-Englisch streichen, Leistung einüben, Dorfschulen bewahren

Wir fordern die Einstellung des Englischunterrichts in den Jahrgängen 3 und 4, da er sich nachweislich nicht bewährt hat.

Wir fordern eine frühere Gewöhnung an leistungsorientierten Unterricht und die Beibehaltung der sechsstufigen Notenskala ab der dritten Klassenstufe.

Kleine Grundschulen müssen erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum.

Die Besoldung von Grundschulleitungsstellen muss spürbar verbessert werden. Zudem muss eine verstärkte Entlastung von Verwaltungsaufgaben erfolgen.

Integrierte Gesamtschulen kritisch betrachten

Grundlegende Veränderungen in der Schullandschaft bringen erfahrungsgemäß erhebliche Nachteile mit sich: Erstens erzeugen Sie eine erhebliche Verunsicherung in Eltern- und Lehrerschaft und zweitens ziehen sie oft hohe bauliche Folgekosten für die Kommunen nach sich, da die Schülerströme an andere Standorte umgelenkt werden. Deshalb muss sich eine Veränderung durch eine deutliche Leistungssteigerung rechtfertigen lassen. Dieser Nachweis ist der IGS bislang nicht ansatzweise gelungen. Die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen lehnen wir deshalb ab. Dies gilt auch für die Einrichtung von IGS-Oberstufen.

Die vorhandenen Integrierten Gesamtschulen müssen deutlich leistungsorientierter werden. Die Leistungs- und Bewertungskriterien müssen jenen des gegliederten Schulsystems entsprechen. Integrierte Gesamtschulen müssen zudem mit denselben Finanzmitteln auskommen wie andere Schulformen.



Förderschulen wiederherstellen, Inklusion begrenzen

Wir fordern die Rückabwicklung der radikalen Inklusion auf den Stand des Schulgesetzes vor 2012. Dies beinhaltet die sofortige Wiedereröffnung der bereits geschlossenen Förderschulen des Bereichs Lernen sowie die uneingeschränkte Weiterführung der bewährten Einrichtungen.

Wir unterstützen die vor 2012 bereits bewährten Formen der Inklusion. Diese Inklusion mit Augenmaß erlaubt die Aufnahme in eine Regelschule bei entsprechendem Elternwunsch ausschließlich dann, wenn die Leistungsvoraussetzungen für die entsprechende Schulform gegeben sind. Es müssen die verbindlichen Regeln zur Leistungsbeurteilung und Versetzung gelten, jedoch ist bei Bedarf Unterstützung durch Förderschullehrer und pädagogische Mitarbeiter zu gewährleisten.

Haupt- und Realschulen stärken

Wir fordern die Abschaffung der Oberschulen zugunsten von Haupt- und Realschulen, wo die Schülerzahlen dies ermöglichen.

Wir fordern eine Stärkung der Haupt- und Realschulen durch gesteigerte Leistungsanforderungen sowie durch die Beibehaltung der bewährten Fachleistungskurse.

Besonders wichtig ist ein eigenständiges Profil der Hauptschule: Sie soll auf praktische Berufe vor allem im handwerklich-technischen Bereich vorbereiten. Dies muss sich eindeutig in den Unterrichtsinhalten widerspiegeln. Im Bereich der Mathematik etwa muss wieder das klassische Rechnen mit möglichst hohem Anwendungsbezug vermittelt werden.

Gymnasien klar auf Leistung ausrichten

Wir fordern die absolute Priorität des Fachunterrichts im Schulalltag. Projekte etc. sind als Ausnahmen zu betrachten und haben sich besonders zu rechtfertigen.

Wir fordern die entschiedene Wiederausrichtung des Gymnasiums auf die allgemeine Studierfähigkeit. Die Vorbereitung auf die duale Berufsausbildung ist hingegen Kernaufgabe der Haupt- und Realschulen.

Wir fordern, dass Rechtschreib-, Zeichensetzungs- und Grammatikfehler auch im Sekundarbereich I in die Beurteilung aller schriftlichen Arbeiten einfließen müssen. Auch im Fach Deutsch selbst muss dieser Bereich einen höheren Stellenwert erhalten.



Landesverband Niedersachsen

Wir fordern eine Erhöhung des Unterrichtsanteils der MINT-Fächer.

Lehrer gezielt auswählen, schulformgerecht und vertieft ausbilden

Wir fordern die stärkere Trennung der Lehrerausbildung für die verschiedenen Schulformen.

Die zentralen Fächer Deutsch und Mathematik müssen im Grundschulstudium belegt werden, einschließlich verpflichtender Prüfungen.

Der Vorbereitungsdienst für das Lehramt muss eine angemessene Dauer haben, damit Tiefe wie Breite der Ausbildung gewährleistet werden können.

12. Zukunft erforschen, Überlieferung bewahren

Unser zukünftiger Lebensstandard hängt an der Wissenschaft

Deutschland hat sich seinen hohen Lebensstandard in den vergangenen 200 Jahren durch Spitzenleistungen in Wissenschaft, Technik und Kultur erarbeitet. Unser Land kann diesen Lebensstandard in Zukunft nur dann annähernd bewahren, wenn es geistig und technisch jedem Land der Welt ebenbürtig ist. Folglich bilden die Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsstätten das Fundament, auf dem unsere Volkswirtschaft ruht. Forschung und Lehre auf höchstem Niveau zu garantieren, ist somit eine der zentralen Aufgaben der Politik.

Dieser Aufgabe sind die etablierten Parteien nicht gerecht geworden. An die Stelle der weltweit vorbildlichen deutschen Universität humboldtscher Prägung sind politisch gegängelte universitäre Berufsakademien getreten. An der Stelle einer gründlichen fächerübergreifenden Bildung steht eine an den schematischen Vorgaben von EU und OECD orientierte Massenproduktion von Absolventen mittleren Niveaus.

Nach Überzeugung der AfD war das klassische deutsche Bildungsideal die entscheidende Voraussetzung dafür, dass aus dem Land der Dichter und Denker auch das Land der Forscher und Techniker wurde. Die Orientierung an diesem Ideal weist darüber hinaus den Weg zu einem erweiterten Menschenbild. Echte Bildung eröffnet dem Menschen eine Lebensdimension jenseits von rein wirtschaftlicher Nutzenanwendung und Konsum. Der vertiefte Zugang zu Dichtung, bildender Kunst und Musik führt hinweg von Materialismus, geistiger Leere und Orientierungslosigkeit und formt Persönlichkeiten, die frei urteilen und verantwortungsvoll handeln können – für ihre Familie und für ihr Land.

Akademische Ausbildung am Bedarf orientieren

Wir werden die Politik einer ständigen Erhöhung der Akademikerquote beenden. Die Finanzierung der Hochschulen darf keine Anreize liefern, die Zahl der Studenten über das sinnvolle Maß hinaus zu erhöhen.

Die Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft und der niedersächsischen Unternehmen müssen bei der Einrichtung von Studiengängen stärker berücksichtigt werden. Naturwissenschaftlich-technisch orientierte Fächer (MINT) sollten besonders gefördert werden, um den Forschungsstandort Niedersachsen zu stärken.

Den gescheiterten Bologna-Prozess rückabwickeln

Der unter dem wohlklingenden Begriff „Einheitlicher Europäischer Hochschulraum“ durchgeführte Bologna-Prozess hat dem deutschen Bildungssystem schweren Schaden zugefügt. Seit dem Jahr 2000 ist in Deutschland die Studienanfängerquote von 33 Prozent auf 58 Prozent (2015) des Jahrgangs angestiegen, die Zahl der Ersteinschreibungen in Niedersachsen wuchs von rund 25.000 auf nunmehr 39.000. Diese maßlose Steigerung der Studentenzahlen hat insbesondere in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen ein Überangebot an akademischen Arbeitskräften zur Folge und führt zu einer Austrocknung des bewährten deutschen Systems der dualen Berufsausbildung.

Ferner hat das Bachelor/Master-System zu einer Nivellierung des differenzierten deutschen Hochschulsystems geführt und den Verwaltungsaufwand der Hochschulen erheblich gesteigert. Extreme Verschulung, verkürzte Regelstudienzeiten und eine Flut von Prüfungen hat in vielen Bereichen zu einem Schmalspur-Lernen geführt, welches die Qualität der Abschlüsse reduziert. Nur 40 Prozent aller Hochschulabschlüsse werden innerhalb der Regelstudienzeit erworben, die Studienabbrecher-Quote liegt bei über 30 Prozent.

Aus all diesen Gründen sollten die bewährten und weniger verschulten Studienabschlüsse Diplom, Magister und Staatsexamen wieder eingeführt werden.

Die Regelstudienzeiten sollten großzügiger gestaltet werden. Da es für viele Studenten unabdingbar ist, neben dem Studium zu arbeiten, führen die Regelstudienzeiten besonders bei BAföG-Beziehern zu unerwünschten Studienabbrüchen.

Hochschulen stärken

Wir setzen uns dafür ein, dass die Hochschulen innerhalb eines Rahmens von Grundsatzvereinbarungen ihre Studiengänge verantwortlich selbst gestalten können. Das teure, bürokratische und autonomiefeindliche Akkreditierungsverfahren werden wir abschaffen. Universitäten und Fachhochschulen müssen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Das ECTS-Punktesystem streichen wir ersatzlos.

Weil durch die inflationäre Vergabe des Abiturs die Studierfähigkeit oft nicht mehr gegeben ist, fordern wir die Einführung von Eingangsprüfungen an Universitäten.



Landesverband Niedersachsen

Wir stehen für die Einheit von Forschung und Lehre, da sie eine bewährte Grundlage für die Ausbildung des Nachwuchses ist.

Frauenquoten und Gleichstellungsbeauftragte haben in der Wissenschaft keinen Platz. Wir werden sie ersatzlos streichen.

Lehrveranstaltungen in deutscher Sprache abhalten

Die AfD begrüßt die Zusammenarbeit der niedersächsischen Hochschulen mit ausländischen Institutionen und den Austausch von Studenten und Wissenschaftlern. Ein schwerer Fehler aber ist die Tendenz, für immer mehr Lehrveranstaltungen ausschließlich die englische Sprache zu nutzen. Hierdurch wird die Qualität der Lehre nachweislich verschlechtert und einer breiteren Öffentlichkeit der Zugang zur Wissenschaft erschwert.

Wir betrachten Deutsch als die Sprache der Lehre und fördern ihre Anwendung als internationale Wissenschaftssprache wo immer möglich und sinnvoll.

Verstand statt Ideologie

Der Begriff Wissensgesellschaft ist in aller Munde. Doch gegenwärtig entwickelt sich Deutschland eher zu einer Gesellschaft des Aberglaubens – auch an den Hochschulen. Sogenannte emanzipatorische Theorien führen junge Menschen von der Lebenswirklichkeit weg in eine ideologische Phantasiewelt, in der gesellschaftliche Großexperimente die Nivellierung aller natürlichen Unterschiede zum Ziel haben. Institute für die pseudowissenschaftliche Gendertheorie, ideologisch ausgerichtete Politologie-Lehrstühle und eine große Zahl an öffentlich geförderten Projekten zu Flüchtlingsforschung, Interkultureller Geschlechterforschung, feministischer Theologie u. a. binden beachtliche personelle und finanzielle Forschungskapazitäten an unseren Hochschulen. Die AfD Niedersachsen betrachtet diese Entwicklung als eine Verschwendung von Ressourcen, die beendet werden muss.

Daher werden wir ideologisch oder politisch einseitig ausgerichtete Fakultäten und Studiengänge schließen. Hierzu gehören beispielsweise das Braunschweiger Zentrum für Genderstudies, das Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung in Oldenburg und das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien in Osnabrück. Zudem werden wir der zunehmenden Tendenz entgegenzutreten, dass nahezu alle Fächer „gesellschaftspolitische“ Themen importieren müssen.



Die Hochschulfinanzierung verbessern

Der internationale Vergleich zeigt, dass die Universitäten Niedersachsens in der Ausstattung nicht konkurrenzfähig sind: Die Leibniz Universität Hannover hat ein Jahresbudget von 17.000 Euro pro Student zur Verfügung. Eine durchschnittliche staatliche Universität in den USA, wie etwa die University of Texas, hat ein Salär von 30.000 Euro pro Student, die ETH Zürich kann 77.000 Euro ausgeben, die Harvard University 125.000 Euro. Die Grundausstattung der niedersächsischen Hochschulen stagniert seit Jahren. Eine schlechte Betreuungsrelation und überfüllte Hörsäle bestimmen nach wie vor den Alltag von Studenten und Professoren.

Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss daher dringend erhöht werden. Da die Spielräume des niedersächsischen Landeshaushalts begrenzt sind, führt an einer Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung kein Weg vorbei. Das seit der Föderalismusreform im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot von Bund und Ländern auf dem Bildungssektor muss abgeschafft werden.

Zudem ist eine maßvolle Studiengebühr zumutbar und sollte eingeführt werden. Eine Summe von 250 Euro pro Semester würde für die niedersächsischen Hochschulen jährlich 100 Millionen Euro einbringen und sollte ausschließlich einer verbesserten Lehre zugutekommen. Familien mit mehreren studierfähigen Kindern zahlen nur für ein Kind. Ausländische Studenten sollten durch einen deutlich höheren Beitrag an der Finanzierung der Hochschulen beteiligt werden.

Forschung und Entwicklung für unser Land fördern

Die dogmatische Ablehnung ganzer Forschungsgebiete hat dem Forschungsstandort Deutschland bereits schweren Schaden zugefügt. Die rot-grüne Landesregierung hat sich hier durch ihre Politik, Niedersachsen „gentechnikfrei“ zu machen und das Verbot des Verbrennungsmotors anzustreben, als besonders technikfeindlich disqualifiziert.

Die AfD wird sich dafür einsetzen, die besonders zukunftssträchtigen Stärken des Forschungsstandortes Niedersachsen sorgfältig zu pflegen und weiterzuentwickeln. Hierzu zählen beispielsweise die Bereiche Fahrzeugbau, Luft- und Raumfahrt, Medizin, Landwirtschaft, Maschinen- und Anlagenbau, intelligente Produktions- und Logistiktechnologien sowie die Informationstechnologie.



Landesverband Niedersachsen

Abwanderung von Forschung und Wissenschaftlern beenden

Wir setzen uns besonders dafür ein, die Abwanderung von Forschung und von Wissenschaftlern in das Ausland zu verhindern. Unser Land darf bei Zukunftstechnologien nicht den Anschluss verlieren. Restriktive Gesetzgebung, bürokratische Hürden und schlechte Bezahlung von deutschen Wissenschaftlern im Vergleich zu ihren Kollegen im Ausland sind Probleme, die dringend gelöst werden müssen.

Wir als AfD werden die Freiheit der Forschung als die Voraussetzung von Innovationen entschlossen verteidigen. Zukunftsträchtige Entwicklungen auch auf Gebieten wie der Kern- und Gentechnologie dürfen nicht anderen Ländern vorbehalten bleiben. Die Chancen der Genom-Editierung für Medizin und Landwirtschaft sind ergebnisoffen zu prüfen.

Die Zahl unbefristeter Vollzeitstellen für den akademischen Mittelbau muss auf ein vernünftiges Maß erhöht werden, um unseren Jungakademikern auch an den Universitäten verbesserte berufliche Perspektiven zu bieten und die Betreuung der Studenten zu verbessern.

Kooperation von Wissenschaft und Mittelstand vertiefen

Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollten gerade kleinere Unternehmen und Neugründungen dadurch unterstützen, dass sie ihnen ihre technische Forschungsinfrastruktur unbürokratisch und zu Marktkonditionen zur Verfügung stellen.

Wir werden zudem Forschung und Entwicklung in der Industrie steuerlich besser fördern, so wie dies in den meisten OECD-Ländern üblich ist. Dies kann zum Beispiel durch die Möglichkeit der Sofortabschreibung von selbst erbrachten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen geschehen.

Kulturelle Überlieferung lebendig erhalten

Die reiche kulturelle Überlieferung unseres Landes mit Leben zu füllen und für die kommenden Generationen zu erhalten, ist nach unserer Überzeugung eine zentrale Aufgabe des Staates. Die Finanzierung der bedeutenden niedersächsischen Theater, Orchester und Museen und die Pflege unserer Kulturdenkmäler muss auch vor dem Hintergrund schwierigerer finanzpolitischer Rahmenbedingungen unter allen Umständen sichergestellt werden.



Landesverband Niedersachsen

Die Finanzierung staatlicher Kultureinrichtungen dient in erster Linie dazu, dem Volk den Zugang zu Meisterwerken der Musik- und Theaterliteratur zu ermöglichen, die wegen des hohen Aufwands sonst nicht mehr aufgeführt würden. Die Spielplangestaltung der staatlichen Bühnen muss diesen Bildungsauftrag des Staates widerspiegeln und sich daher deutlich von Produktionen der sogenannten „freien Szene“ unterscheiden.

Musikschulen haben einen besonderen Nutzen

Zentrales Anliegen unserer Kulturpolitik ist es, jungen Menschen Kulturtechniken zu vermitteln, die sie befähigen, am kulturellen Leben nicht nur passiv, sondern auch kreativ gestaltend mitzuwirken. Vor allem die Musikschulen sollten durch verbesserte finanzielle Förderung und engere Zusammenarbeit mit den Schulen in den Stand versetzt werden, einem großen Teil der Jugend das Erlernen eines Instrumentes möglich zu machen.

Die wissenschaftlich erwiesene positive Wirkung des Musizierens auf die kognitive und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen rechtfertigt erhebliche Anstrengungen auf diesem Gebiet. Die Förderung der sogenannten Soziokultur kann zugunsten dieses Zieles reduziert werden.

13. Massenzuwanderung stoppen – Identität schützen

Wir haben ein Recht auf unsere Identität

Die Alternative für Deutschland tritt für ein tolerantes und weltoffenes Deutschland ein.

Doch Weltoffenheit ist nicht gleichzusetzen mit offenen Grenzen und Toleranz bedeutet nicht die Pflicht zur Selbstaufgabe. Die Völker der Welt haben das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Erhaltung ihrer Kultur und Sprache. Auch Deutsche haben das Recht auf Schutz ihrer Lebensart, auf Pflege ihrer volkstümlichen Eigenheiten und auf Bewahrung der reichen kulturellen Überlieferungen. Wir betrachten es daher nicht nur als das Recht, sondern auch als die Pflicht der AfD, die jahrhundertealte Identität Deutschlands und von uns Niedersachsen zu schützen.

Unsere Identität ist in Gefahr. Der Anteil von Menschen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung ist in Deutschland in den vergangenen 50 Jahren um etwa das sechzehnfache gestiegen. Die deutschstämmige Bevölkerung in der Bundesrepublik nimmt aufgrund ihres Geburtendefizits bis 2050 auf rund 49 Millionen ab. Schon jetzt leben in Deutschland mehr als 18 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Bei einer im bisherigen Tempo weitergehenden Masseneinwanderung steigt die Zahl der Migranten bis 2050 auf mindestens 35 Millionen. Eine Verdrängung der einheimischen deutschen Bevölkerung durch Migranten bis zum Ende des Jahrhunderts steht somit bevor.

Deutschland ist kein Einwanderungsland

Eine solche Politik verstößt nach unserer Überzeugung gegen den Auftrag des Grundgesetzes an die Politik, den „Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden“. Sie verletzt das Prinzip der nationalen Identität, deren Wahrung uns von den Vätern des Grundgesetzes vorgegeben worden ist. Eine solche Politik stellt die seit der Aufklärung in Europa entwickelten Prinzipien von Volkssouveränität und Demokratie auf den Kopf. Sie nimmt vor dem Hintergrund des auch in Europa auftretenden aggressiven Islamismus schwere gesellschaftliche Konflikte und die Destabilisierung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Kauf.

In dem Bewusstsein der Verantwortung für eine große Kulturnation und für unsere Kinder fordern wir eine Abkehr von der Politik der Einwanderung: Deutschland – und damit auch Niedersachsen – ist kein Einwanderungsland.

Verfassungswidrige Asylzuwanderung beenden

Die sogenannte Flüchtlingskrise der Jahre 2015/2016 hat etwa 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland gebracht. Schon in den Jahren 2013 und 2014 hatte sich die Zahl der Asylbewerber sprunghaft erhöht. Alle diese Menschen kamen illegal nach Deutschland:

Der Artikel 16a (2) des Grundgesetzes sagt unzweideutig, dass Menschen, die aus einem Mitgliedstaat der EU oder aus einem anderen Drittstaat einreisen, kein Anrecht auf Asyl besitzen. Das deutsche Asylgesetz verlangt in §18, einem Flüchtling die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat einreist. Diese Regelung entspricht auch dem europäischen Recht. Das Bundesverfassungsgericht stellte in einem Grundsatzurteil 1996 fest:

„Der Ausschluss vom Asylgrundrecht ist nicht davon abhängig, ob der Ausländer in den Drittstaat zurückgeführt werden kann oder soll. Ein Asylverfahren findet nicht statt. Es entfällt auch das als Vorwirkung eines grundrechtlichen Schutzes gewährleistete vorläufige Bleiberecht.“

Die AfD Niedersachsen stellt fest: Entgegen der Behauptung von Angela Merkel und anderen etablierten Politikern liegt die angeblich nicht existierende Obergrenze für das Recht auf Asyl in Wahrheit bei null. Die Massenzuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland und die Durchführung von Asylverfahren für diese ist somit ein glatter Verfassungsbruch und verstößt gegen geltendes deutsches und europäisches Recht.

Die Asylpolitik der etablierten Parteien ist darüber hinaus inhuman und heuchlerisch. Deutschland hat diejenigen Menschen aufgenommen, die sich selber helfen und die Kosten für Reise und Schlepper bezahlen konnten.

Für die AfD Niedersachsen hat es oberste politische Priorität, dass Deutschland die vollständige Kontrolle über die gesamte Zuwanderung wiedergewinnt. Ständige Grenzkontrollen müssen daher wieder eingeführt und illegales Übertreten der deutschen Grenze unterbunden werden. Nur auf diesem Weg können Wohlstand und gesellschaftliche Stabilität für kommende Generationen gesichert werden.

Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen

Wir werden den grundgesetzwidrigen „Flüchtlings“-Zustrom der letzten Jahre rückgängig machen. Illegale Zuwanderer müssen in ihre Heimat oder in sichere Drittstaaten zurückgeführt werden. Etwaige Aufenthaltstitel und andere rechtswidrigerweise ergangene Bescheide sind null und nichtig. Wir werden



Landesverband Niedersachsen

Integrationsmaßnahmen für illegale Zuwanderer beenden. Die bislang besonders nachlässige niedersächsische Abschiebep Praxis muss sich zukünftig allein am geltenden Recht und an den Interessen der Bürger dieses Landes orientieren.

Wir fordern, die Abschiebehaft für ausreisepflichtige Personen bis zur tatsächlichen Ausreise zu vollziehen, damit sie sich nicht der Ausreise entziehen können.

Wir werden sämtliche Geldzahlungen an Personen ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland einstellen.

Wir fordern energische außenpolitische Maßnahmen, um die Rückwanderung illegaler Migranten und abgelehnter Asylbewerber in ihre Heimatländer zu ermöglichen. Unkooperativen Staaten ist die Entwicklungshilfe zu streichen. Fehlende Papiere sind kein Ausreisehindernis. Bei Bedarf müssen durch deutsche Behörden entsprechende Ersatzpapiere erstellt werden können.

Asyl bedeutet Zuflucht auf Zeit. Anerkannte Asylbewerber müssen nach Entspannung der Lage in ihrer Heimat konsequent zurückgeführt werden. Die Härtefall-Kommission ist abzuschaffen.

Flüchtlingshilfe sollte grundsätzlich vor Ort geleistet werden. Mit dem Geld, das Deutschland für die Flüchtlingskrise aufwendet, könnte in den Krisengebieten weitaus mehr Menschen geholfen werden und zudem den wirklich Hilfsbedürftigen.

Die Massenzuwanderung erfolgt in die Sozialsysteme

Die Altparteien behaupten seit Jahren immer wieder, Deutschland benötige Zuwanderung, da es aufgrund der zurückgehenden Bevölkerungszahl sonst zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften komme. Tatsächlich geht aber ein großer Teil der gegenwärtigen Zuwanderung am Arbeitsmarkt vorbei direkt in die Sozialsysteme. Seit Jahren ist der Anteil von Personen ohne Berufsqualifizierung bei Migranten mehrfach höher als bei Deutschen und die Sozialunterstützungsquote bei Zuwanderern liegt um mehr als das Doppelte höher als bei Deutschen.

Die Masse der sogenannten Flüchtlinge des Jahres 2015 wird aufgrund fehlender sprachlicher und beruflicher Fähigkeiten langfristig von Sozialleistungen leben. Ihre „Integration“ würde nach dem Szenario des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung 400 Milliarden Euro kosten. Allein das Land



Landesverband Niedersachsen

Niedersachsen muss bereits jetzt pro Jahr etwa zwei Milliarden Euro für die Bewältigung der illegalen Zuwanderung aufwenden.

Die seit Jahrzehnten stattfindende Einwanderung bildungsferner Menschen nach Deutschland löst also nicht das demographische Problem, sondern verschärft seine Folgen auf dramatische Weise. Sie senkt den Bildungsstand der Bevölkerung und damit ihre Produktivität ab, sie hilft nicht gegen Fachkräftemangel, sondern erzeugt Arbeitslosigkeit, sie belastet den Staatshaushalt und sie erzeugt ein am Arbeitsmarkt chancenloses und gegenüber den Parolen linker und islamistischer Verfassungsfeinde anfälliges Proletariat.

Die Belastung der Sozialsysteme verringern – Lohndumping verhindern

Wie fordern daher, dass sich jegliche Zuwanderung am langfristigen Interesse der Bürger unseres Landes zu orientieren hat. Menschen, die nach Deutschland kommen, müssen ihren Lebensunterhalt selber verdienen. Eine Belastung der Sozialsysteme und Staatshaushalte darf es nicht mehr geben.

Auch die Armutszuwanderung aus Osteuropa werden wir unterbinden und rückgängig machen. Die Freizügigkeit in der EU ist ihrem Ursprung nach eine reine Arbeitnehmer-Freizügigkeit und sollte durch gesetzliche Maßnahmen auf ihren eigentlichen Sinn zurückgeführt werden. Ein EU-Ausländer, der in Deutschland für seinen Lebensunterhalt nicht aufkommen kann, muss in sein Heimatland zurückkehren.

Das Volk ist nicht für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft für das Volk. Folglich darf sich die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nicht am Interesse der Unternehmen orientieren. Lohndumping und die Verdrängung einheimischer Arbeitnehmer durch billigere Zuwanderer werden von uns beendet werden.

Die Ausländerbehörden Niedersachsens müssen sich wieder auf ihre hoheitlichen Aufgaben konzentrieren und dürfen nicht zu Interessenvertretern von Einwanderern gemacht werden. Wir fordern zudem die Einführung eines bundesweiten Informationsaustausches zwischen Ausländerbehörden und Sozialbehörden.

Die Förderung von sogenannten Flüchtlings- und Migrationsinitiativen aus dem niedersächsischen Haushalt muss beendet werden. Das Amt des Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe ist abzuschaffen.

Deutsche Leitkultur durchsetzen

Die AfD lehnt die sogenannte multikulturelle Gesellschaft ab. Sie ist nichts anderes als eine verharmlosende Bezeichnung für die Entstehung von Parallel- und Gegengesellschaften. Die Erfahrungen in unseren europäischen Nachbarländern und in Deutschlands Städten sind eindeutig: Zunehmende öffentliche Unsicherheit, Import ethnischer und religiöser Konflikte, ein erhöhtes Risiko terroristischer Anschläge, eine erhöhte Kriminalitätsrate sowie die Missachtung der Staatsorgane und die Geringschätzung der Werte und Normen des Gastlandes sind Folgen der Zuwanderung aus fremden, insbesondere muslimischen Kulturen.

Wir fordern daher, dass der deutsche Staat jegliche Zuwanderung so steuert, dass das deutsche Volk seine mitteleuropäisch-christliche Identität auch über die gegenwärtige demografische Krise hinweg bewahrt. Die Einwanderung aus außereuropäischen Kulturkreisen nach Deutschland muss daher drastisch reduziert werden.

Wir verlangen von allen Zuwanderern die vollständige Integration. Für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft dürfen nicht nur die Beherrschung der deutschen Sprache und ein fester Arbeitsplatz hinreichend sein. Zwingend sein muss auch die Verinnerlichung der deutschen Leitkultur. Diese basiert auf unseren christlich-abendländischen Werten und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes.

Nach unserer Überzeugung gehört der Islam nicht zu Deutschland. Daher lehnen wir Staatsverträge des Landes Niedersachsen mit muslimischen Verbänden strikt ab.

Unsere Freiheit steht über dem Islam

In Deutschland gibt es tausende radikaler Salafisten, die in ausländisch finanzierten Moscheen Hass gegen „Ungläubige“ predigen. Auch in Niedersachsen geht eine große Zahl staats- und deutschfeindlicher Islamisten unbehelligt ihren Aktivitäten nach, Terrorzellen haben sich gebildet.

Die Religionsfreiheit gilt aber nicht unbegrenzt und findet ihre Schranken in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ein Islam, der Aufklärung, Demokratie und europäische Lebensweise nicht achtet, ist somit in Deutschland nicht durch die Religionsfreiheit geschützt und kann als verfassungsfeindlich unterbunden werden.



Landesverband Niedersachsen

Daher werden wir fundamentalistische Moscheen schließen und die Salafisten-szene zerschlagen. Wir werden die Sympathiewerbung für islamistische oder terroristische Organisationen unter Strafe stellen.

Wir werden durchsetzen, dass wiederholtes integrationswidriges Verhalten aufenthaltsrechtliche Konsequenzen hat. Zum integrationswidrigen Verhalten zählen u. a.: islamistische Propaganda, Tragen der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit, Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst, Herausnahme von muslimischen Schülern aus schulischen Aktivitäten, Genitalverstümmelungen und die Anbahnung von Kinderehen.

Wir fordern, dass die Möglichkeit geschaffen wird, Terroristen, radikalen Islamisten und hartnäckigen Integrationsverweigerern die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Diese Möglichkeit muss dann konsequent angewandt werden.

Radikale Islamisten und sogenannte Gefährder sind ohne Aufschub aus Deutschland abzuschieben. Ihre Wiedereinreise nach Deutschland muss durch wirksame Grenzkontrollen verhindert werden.

Sonderrechte für fremde Staatsbürger abschaffen

Da eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU für uns nicht in Frage kommt, fordern wir, dass die bestehenden Privilegien türkischer Bürger in Bezug auf Arbeitserlaubnis, Aufenthaltsrecht und medizinische Versorgung von Familienangehörigen im Ausland abgeschafft werden. Dies gilt auch für ähnliche Verträge oder Regelungen mit anderen Staaten.

Missbrauch des Demonstrationsrechts beenden

Die Versammlungsfreiheit ist ein Bürgerrecht, kein allgemeingültiges Menschenrecht. Sinn dieses Rechtes ist es nicht, dass Ausländer die Konflikte ihrer Heimatländer auf deutschem Boden austragen.

Wir fordern daher die Einführung eines generellen Demonstrationsverbots für Ausländer.

Polygamie und Kinderehen verhindern

Polygame Ehen sind keine Ehen im Sinne des deutschen Rechts und können in Deutschland grundsätzlich nicht anerkannt werden, auch wenn sie im Herkunftsland rechtsgültig geschlossen wurden. Eine Mehrfachehe, wie sie häufig zwischen Ausländern geschlossen wird, fällt nicht in den Schutzbereich



Landesverband Niedersachsen

des Art. 6 I Grundgesetz. Geschützt ist ausschließlich die Ehe zwischen *einem* Mann und *einer* Frau. Der Begriff der Ehe darf keinesfalls an kulturkreisfremde Vorstellungen angepasst werden.

Ehen mit Minderjährigen dürfen, auch wenn sie im Herkunftsland rechtsgültig geschlossen wurden, in Deutschland grundsätzlich nicht anerkannt werden. Die Möglichkeit, eine Ehe vor der Vollendung des 18. Lebensjahres nach deutschem Recht zu schließen, muss aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 1303 II - IV) ersatzlos gestrichen werden. Die betroffenen Jugendlichen gehören in die Obhut ihrer Familien.

14. Wir stärken unsere Landespolizei nachhaltig

Die Polizei ist auch in Niedersachsen das Stiefkind der etablierten Politik. Eine verfehlte Sparpolitik, immer schwierigere Gefährdungslagen und zusätzliche Aufgabenfelder haben zu einer Überbeanspruchung des Polizeiapparates geführt. Bereits jetzt ist die Personaldecke für eine Reihe von Krisenszenarien zu kurz und Bürger müssen zum Teil unzumutbar lange auf Hilfe warten. Steigende Einsatzbelastung, Berge von Überstunden und zeitraubende bürokratische Dokumentationspflichten haben viele unserer Beamten an ihre Belastungsgrenze gebracht. Gleichzeitig ist der niedersächsische Personalbestand überaltert, sodass in absehbarer Zeit viele aktive Polizeibeamte in den Ruhestand gehen werden.

Niedersachsen braucht mehr Polizisten. Doch der Beruf des Polizisten hat deutlich an Attraktivität verloren. In Bezug auf Bezahlung, Ausstattung und Aufstiegsperspektiven ziehen immer mehr potentielle Kandidaten andere Bundesländer oder andere Berufsfelder vor. Die zunehmende Gängelung durch politische Kräfte, welche die Polizei nicht als Partner, sondern als Gegner auffassen, hat eine demotivierende Wirkung auf Beamte und Bewerber. Die Anforderungen an die Polizeianwärter mussten bereits gesenkt werden, um den dringendsten Bedarf zu decken.

Es ist daher das Ziel der AfD Niedersachsen, durch eine grundlegende Reform von Struktur und Ausbildung die Stärke und Effektivität der Landespolizei Niedersachsen zu erhöhen und die Sicherheit unserer Bürger wirksamer zu schützen – bevor es zu spät ist.

Polizisten fair bezahlen

Wir setzen uns für ein modernes, leistungsgerechtes Besoldungssystem ein, das den Beruf des Polizeibeamten durch hinreichende Möglichkeiten der leistungsgerechten Beförderung wieder attraktiv macht. Wir erstreben die Wiederherstellung einer bundeseinheitlichen Besoldungstabelle für Polizeibeamte. Auch das Zulagenwesen und die sonstige Absicherung von Polizeibeamten, wie die Freie Heilfürsorge, sind bundeseinheitlich zu regeln.

Wir werden in einem ersten Schritt die Besoldung der niedersächsischen Polizei auf das Niveau des Bundesdurchschnitts anheben. Außerdem werden wir die Schichtdienst- und die Außendienstzulagen deutlich erhöhen. Absolventen der Realschule sollte der Zugang zum Polizeiberuf erleichtert werden.



Landesverband Niedersachsen

Generell sollen Beförderungen und Spezialisierungen nur über Eignung, Leistung und Befähigung erreichbar sein, also durch dienstliche Leistungen.

Polizeidirektionen abschaffen

Die künstlich eingezogene Mittelinstanz der Polizeidirektionen leistet auch nach 10 Jahren ihres Bestehens keinen überzeugenden Beitrag zur polizeilichen Arbeit. Wir werden sie abschaffen und durch eine effektive Organisationsform ersetzen.

Wir stärken unsere Kriminalpolizei

Die derzeitige Ausbildungspraxis orientiert sich vielfach nicht mehr an den Erfordernissen des täglichen Dienstes. Insbesondere wird die Kriminalpolizei geschwächt. Die etablierten Parteien scheinen zu glauben, auf kompetentes Spezialwissen verzichten zu können. Die AfD wird eine andere Richtung einschlagen:

Für Bewerber der Kriminalpolizei muss wieder eine gründliche kriminalistische Fachausbildung stattfinden. Ein einfacher Übertritt ohne diese Qualifikation, z. B. weil sich eine Verwendung ändert, darf nicht mehr möglich sein.

Angehörige der Kriminalpolizei müssen ausgebildete Kriminalbeamte sein. Vorgesetzter von Kriminalpolizisten kann unterhalb der Ebene des Staatssekretärs nur derjenige werden, der selbst ausgebildeter Kriminalbeamter mit kriminalistischer Erfahrung ist.

Die Landespolizeischule wiederherstellen

Um die Ausbildung der vielen Anwärter leisten zu können, muss die „Polizeiakademie“ innerhalb kürzester Zeit dazu befähigt werden. Hierzu gehören zusätzliche Lehrkräfte, mehr Unterbringungsmöglichkeiten für die Anwärter, eine bessere sächliche Ausstattung etc. Die Umbenennung in Landespolizeischule ist erforderlich, da wieder klassische Polizisten ausgebildet werden sollen und viele „akademische“ Inhalte wegfallen können. Die Absenkungen der Zugangsvoraussetzungen für den Eintritt in den Polizeidienst machen wir rückgängig.

Schnell Kräfte verfügbar machen: Flächendirektionen auflösen

Um die größte personelle Not zu lindern, werden die Flächendirektionen ersatzlos aufgelöst. Hierdurch können viele dort beschäftigte Vollzugsbeamte wieder

in den originären Polizeidienst versetzt werden. So kann die Zeit bis zur Ankunft der ersten neuen Absolventen überbrückt werden. Bestehen bleibt nur die PD Hannover, da sie (wieder) eine reine Stadtdirektion darstellt und bei der Größe der Landeshauptstadt eine andere Organisationsform nicht möglich ist.

Gleichzeitig erfolgt eine Stärkung der bestehenden Inspektionen, indem es einige Zusammenlegungen gibt, um nur noch Inspektionen mit mindestens 600 Mitarbeitern zu schaffen. Diese erhalten eigenständige, wenn auch schlanke Stäbe und werden vom Innenministerium ohne eine Mittelinstanz in Bezug auf Personal, Haushaltsmittel, Organisation, Fachaufgaben etc. direkt betreut.

Die Polizei hat einen polizeilichen Auftrag, keinen politischen

Der Umfang, die Ausrüstung und die Organisation der Polizei muss zukünftig das Ergebnis einer polizeifachlichen Aufgabenkritik ihres gesetzlichen Auftrags sein. Eine fachfremde politische Einflussnahme und eine Personalpolitik nach Kassenlage lehnen wir ab.

Wir stärken die öffentliche Ordnung und stellen uns vor unsere Polizei

Die öffentliche Ordnung wird durch aggressives Betteln, öffentliche Gelage, provokatives Verhalten an christlichen Feiertagen und die Okkupation des öffentlichen Raumes z. B. durch Randalierer oder Gruppen von Migranten gefährdet. Damit die Polizei auch zukünftig wirksam hiergegen einschreiten kann, muss die „öffentliche Ordnung“ Teil des Polizeirechts bleiben. Die Streichung wäre ein Freibrief für den Verstoß gegen die ungeschriebenen Regeln unseres zivilisierten Zusammenlebens.

Auch müssen politische Parteien in ihrer öffentlichen Arbeit vor Angriffen von Störern, Saboteuren und Gewalttätern wirksam geschützt werden.

Niedersachsens Polizei braucht die volle Rückendeckung durch die Politik. Eine Bloßstellung und Herabwürdigung der Beamten nach Einsätzen gegen Gewalttäter darf es nicht geben. Einsatzkritik sollte ggf. intern erfolgen und nicht über die Medien lanciert werden. Beschwerdestelle und Kennzeichnungspflicht müssen abgeschafft werden.



15. Verbrechen bekämpfen – Demokratie schützen

Recht und Ordnung sind Grundvoraussetzungen für jedes funktionierende Staatswesen. CDU, SPD und Grüne haben durch jahrelange Vernachlässigung der inneren Sicherheit und die unverantwortliche Politik der Massenzuwanderung Deutschland für Gefahren geöffnet, die früher undenkbar waren. Terror, organisierte Kriminalität und verfassungsfeindlicher Islamismus sind zum erheblichen Teil das Ergebnis einer Politik, in welcher der Schutz der Bevölkerung immer mehr in den Hintergrund gerückt ist. Tote, Verletzte und traumatisierte Opfer legen Zeugnis ab von einer Ideologie, die alle Warnungen von Sicherheitsfachleuten in den Wind schlägt und sich von den Interessen der Bürger verabschiedet hat.

Die Sicherheit und das Lebensgefühl der Bürger sind auch in Niedersachsen massiv beeinträchtigt. Das Vertrauen in die Organe des Staates hat erheblich gelitten. Wir halten daher einen grundlegenden politischen Wandel bei der inneren Sicherheit für dringend erforderlich. Terror und Kriminalität müssen mit aller Härte bekämpft werden. Die Verteidigung von Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger hat für die AfD Niedersachsen oberste Priorität.

Die Terrorgefahr beseitigen

Der islamische Terror ist ein reines Importprodukt. Als Flüchtlinge getarnt reisten IS-Kämpfer wiederholt über die deutsche Grenze, transportierten Waffen, begingen Straftaten und konspirierten ungestört mit Komplizen. Das Milieu, die Personen und die Hintermänner sind den Sicherheitsbehörden in Deutschland und in unseren Nachbarländern bekannt. Die weitgehende Beseitigung der Terrorgefahr in kurzer Frist ist somit eine Frage des politischen Willens.

Deutsche Behörden beschränken sich gegenwärtig jedoch darauf, sogenannte Gefährder zu beobachten und an der Ausreise in den Nahen Osten zu hindern, damit sie dort keine Anschläge verüben können. Offenkundig ist es den Politikern der Altparteien lieber, wenn die Opfer Deutsche sind.

Das Ziel der AfD Niedersachsen hingegen ist es, sogenannte Gefährder und radikale Muslime ohne Aufschub aus Deutschland abzuschieben. Ihre Wiedereinreise nach Deutschland ist durch wirksame Grenzkontrollen zu verhindern.

Verdachtsunabhängige Personenkontrollen nach Herkunft sowie die Kontrolle von Moscheen müssen jederzeit möglich sein, die Sympathiewerbung für islamistische oder terroristische Organisationen ist unter Strafe zu stellen.

Sicherheitsbehörden schlagkräftig aufstellen

Wir werden das Prinzip der Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten den Erfordernissen unserer Zeit anpassen. Ohne schnellen Informationsaustausch und unbürokratische Amtshilfe zwischen Verfassungsschutz und Polizei kann die Sicherheit der Bürger nicht mehr wirksam geschützt werden. Hierzu ist eine bundesweit einheitliche IT-Infrastruktur sämtlicher Sicherheitsbehörden dringend erforderlich.

Die rasche Überwachung von Telefongesprächen und Kontakten über E-Mail und WhatsApp von verdächtigen Personen muss technisch und rechtlich ermöglicht werden. Wir werden auch die zielgerichtete Videoüberwachung des öffentlichen Raumes verstärken.

Die Landesämter für Verfassungsschutz sollten als eigenständige Behörden aufgelöst und dem Bundesamt für Verfassungsschutz unterstellt werden.

Das Vermögen von Mitgliedern krimineller Vereinigungen muss grundsätzlich beschlagnahmt werden, wenn der rechtmäßige Besitz nicht nachgewiesen werden kann (Beweislastumkehr). Dies gilt auch für deren Angehörige, Strohmannen und Vermögensverwalter.

Für eine konsequente Strafverfolgung

Strafrecht und Rechtsprechung entsprechen schon seit Langem nicht mehr dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung. Bei den Altparteien und Teilen der Justiz haben sich in den letzten Jahrzehnten Anschauungen verbreitet, in denen Kriminelle mehr als Opfer der Gesellschaft betrachtet werden. Die Möglichkeiten der Polizei beschränken sich häufig auf die Feststellung der Täter-Personalien, weil Staatsanwaltschaften keine Haftgründe anerkennen. Selbst Intensivtäter erhalten vor Gericht immer von neuem Bewährungs- oder Geldstrafen. Gewohnheitskriminelle werden so zu Straftaten geradezu eingeladen.

Die AfD-Niedersachsen hält daher eine Verschärfung des Strafrechts für dringend erforderlich. Bewährungsstrafen und Geldstrafen darf es zukünftig nicht mehr geben bei schweren Straftaten wie: Raub, Einbruch, Schutzgeld-erpressung, schwerer Körperverletzung, Vergewaltigung und Kindesmissbrauch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Gleichgestellte, Landfriedensbruch, Bildung einer terroristischen Vereinigung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Der Strafraum bei Tötungs-, Gewalt-, Sexual- und Drogendelikten sollte deutlich erhöht werden.

Bei Sexualstraftaten oder Kapitalverbrechen muss gewährleistet sein, dass Straftäter langfristig eingesperrt werden. Niedere Beweggründe als Mordmerkmal sind insbesondere auch Religions-, Rechts- und Ehrauffassungen, die nicht durch die freiheitlich-demokratische Grundordnung gedeckt sind. Die AfD ist für Mindeststrafen bei Wiederholungstätern.

Eine besondere Schwere der Schuld ist regelmäßig auszusprechen, wenn schwere Delikte gewerbsmäßig oder im Rahmen organisierter Banden, spontaner Zusammenrottungen oder Clans verübt wurden. In diesem Fall sind Bewährungsstrafen oder Geldauflagen in jedem Falle unzulässig, ist der Strafrahmen auszuschöpfen und die Notwendigkeit der anschließenden – ggf. auch unbefristeten – Sicherheitsverwahrung zu prüfen.

Das Strafgesetzbuch sollte zukünftig auch die Verhängung von kurzen Freiheitsstrafen vorsehen. Bewährungsauflagen, Geldstrafen oder Ermahnungen werden von vielen Tätern nicht ernst genommen.

Der Schutz der Bevölkerung hat Vorrang

Die Strafprozessordnung muss so geändert werden, dass Tatverdächtige in der Regel in Untersuchungshaft kommen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kriminelle in kürzester Frist wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Bei Wiederholungstätern ist Wiederholungsgefahr als Haftgrund offenkundig und Untersuchungshaft daher ausnahmslos anzuordnen. Verdächtige mit ausländischen Wurzeln sind wegen Fluchtgefahr grundsätzlich in Haft zu nehmen. Die Zahl der Haftplätze muss deutlich erhöht werden.

Die Kriminalitätsstatistik und wissenschaftliche Studien belegen die höhere Kriminalität von Ausländern besonders bei der Gewaltkriminalität. Die Ausweisung ausländischer Straftäter in ihre Herkunftsländer würde eine deutliche Erhöhung der Sicherheit zur Folge haben und muss durchgesetzt werden.

Die aktuelle Praxis des niedersächsischen Strafvollzugs für besonders gefährliche Verbrecher ist unverantwortlich. In Niedersachsen entweichen jedes Jahr etwa 15 hochgefährliche Insassen aus dem Maßregelvollzug, mit oftmals schlimmen Folgen. Es kommt immer wieder zu Gewaltverbrechen sowie zu versuchten und vollendeten Tötungsdelikten durch entwichene Häftlinge. Dasselbe gilt für Häftlinge, die in Phasen von Lockerungen das Haftgelände für einen bestimmten Zeitraum legal verlassen dürfen.

Wir werden daher den Maßregelvollzug deutlich verschärfen. Der Schutz der Allgemeinheit hat Vorrang vor der Resozialisierung. So werden wir die



Landesverband Niedersachsen

Zeiträume, in denen Hafterleichterungen noch nicht infrage kommen, deutlich ausdehnen.

Wir setzen uns dafür ein, die Haftanstalten endlich ausbruchsicher zu machen.

Für einen konsequenten Strafvollzug

Die ökonomischen Standards der Gefangenen dürfen nicht höher sein als die Standards in Alten- oder Pflegeheimen. Wir nehmen es nicht hin, dass ein Straftäter im Gefängnis besser lebt als eine Rentnerin im Altenheim.

Die Arbeit von Strafgefangenen dient nicht in erster Linie dem Einkommenserwerb der Straftäter, sondern der Deckung wenigstens eines Teils der Gefängniskosten.

Viele Gefängnisinsassen sind Mitglieder von Banden oder kriminell-religiösen Vereinigungen. Die übrigen Gefängnisinsassen sind vor ihnen zu schützen. Wir werden daher Angehörige derartiger Gruppierungen von den übrigen Strafgefangenen isolieren.

Drogen haben keinen Platz im Gefängnis. Die Persönlichkeitsrechte von Straftätern sind nachrangig, wenn es um das Aufspüren von illegalen Substanzen geht, z. B. im Rahmen routinemäßiger Durchsuchungen der Zellen durch Drogenhunde.

Die politische Freiheit schützen

Die Möglichkeit des Bürgers, von seinen grundgesetzlich garantierten demokratischen Rechten Gebrauch zu machen, sind in der letzten Zeit durch die Aktivitäten von Linksextremisten und linientreuen Eiferern der Altparteien in unerträglicher Weise beeinträchtigt worden. Während der deutsche Staat Beobachter in ferne Länder entsendet, um den demokratischen Charakter von Wahlen zu prüfen, sehen sich hierzulande Aktive der AfD Drohungen, Gewalttaten und Diskriminierungen ausgesetzt. Die Blockade von Demonstrationen und die Störung von Wahlkampfveranstaltungen der AfD sind Alltag geworden und verhindern eine faire und gleichberechtigte Teilnahme am Prozess der politischen Willensbildung. Ein Land, in dem die Veranstaltung einer Oppositionspartei nur unter Gefahr und durch einen Polizei-Kordon hindurch zugänglich ist, kann nicht mehr als eine vollgültige Demokratie bezeichnet werden.

Die AfD Niedersachsen fordert daher eine Präzisierung des Versammlungsrechtes, die es unmöglich macht, Gegendemonstrationen in Sicht- und Rufweite



Landesverband Niedersachsen

einer politischen Veranstaltung abzuhalten. Die Teilnahme an Blockaden und gewalttätigen Demonstrationen muss empfindlich bestraft werden.

Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte sichern

Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern aller Ebenen und Gerichtshöfe sowie von Staatsanwälten beenden und für die Zukunft ausschließen.

Um die Unabhängigkeit der dritten Gewalt zu stärken, werden wir ihre Selbstverwaltung ausbauen, indem wir einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat im Sinne des Modellvorschlags des Deutschen Richterbundes einrichten.

Auch wollen wir die Praxis ändern, dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden und im Einzelfall dem Justizminister berichtspflichtig ist.

Jugendstrafjustiz beschleunigen, damit sie erzieherisch wirkt

Gerade im Jugendstrafrecht muss ein ganz schnelles Handeln der Justiz gewährleistet sein. Um pädagogisch wirken zu können, muss eine kurze Jugendstrafe sehr schnell verhängt werden. Dies ist so wichtig, dass hier neue Richterstellen geschaffen werden müssen. Auch kleinere Delikte wie Graffiti, Sachbeschädigungen oder Vermummung auf Demonstrationen müssen sofort bestraft werden. Die AfD Niedersachsen vertritt die „Theorie der zerbrochenen Scheibe“. Bereits eine zerbrochene Fensterscheibe oder ein einziges Graffiti führen unmittelbar zur Verwahrlosung des Wohnumfeldes. Saubere Wege und saubere Häuser sind ein wichtiges Element der Kriminalitätsprävention.

Falsche Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse oder die Lebensumstände von Tätern oder die Tolerierung vermeintlich geringfügiger Delikte setzen das falsche Zeichen. Wir dürfen nicht dazu ermuntern, die Grenzen auszutesten.

Jugendstraftäter nachhaltig resozialisieren

Jugendliche Wiederholungstäter müssen gezielt erzogen werden. Sie müssen lernen, sich in Selbstdisziplin und Selbstbeherrschung zu üben, und erkennen, dass sich Verbrechen nicht lohnen. Die AfD wird daher den Strafraumen deutlich erhöhen. Der erhöhte Strafraumen soll nicht in erster Linie zu längeren Gefängnisaufenthalten von Jugendstraftätern führen. Der Jugendliche soll vielmehr in einer ganz deutlich verlängerten Resozialisierungsphase erzogen



Landesverband Niedersachsen

werden. Die Gefängnisstrafen können durch den freiwilligen Aufenthalt in Besserungsanstalten ergänzt werden, welche die Reststrafe verkürzen.

Resozialisierung für Wiederholungstäter kann dann erfolgreich sein, wenn sie dauerhaft aus ihrem sozialen Umfeld genommen werden. Durch Fußfesseln werden wir gewährleisten, dass Straftäter sich nicht nachts auf der Straße herumtreiben und dass sie stattdessen einer geregelten Arbeit nachgehen. Gehen sie der Arbeit nicht nach oder wird gegen Auflagen verstoßen, so wird die Strafe verlängert oder Kurzarrest im Gefängnis verhängt. In der Resozialisierung darf dem Straftäter in keinem Fall eine Sozialleistung als Geldleistung zugutekommen. Möchte der Straftäter Geld, so muss er hierfür zusätzlich arbeiten. Dem Straftäter soll bewusst werden, dass finanzieller Erfolg mit Arbeit zusammenhängt.

Die Resozialisierung von Jugendlichen darf auf keinen Fall mit Erlebnispädagogik verbunden werden. Es darf nicht sein, dass jugendliche Straftäter auf Staatskosten Reisen ins Ausland unternehmen können.

Die Streitschlichtung neu ordnen – Gerichte entlasten

Wir wollen die Gerichte der ersten Instanz entlasten.

Daher fordern wir die obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung für alle Streitwerte unter 600 €, soweit sie im bisherigen Gesetz nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist. Die juristischen Streitschlichter arbeiten ähnlich den Notaren als Organ der Rechtspflege.

Außerdem sollen bei gescheiterter Streitschlichtung die erforderlichen Sachverständigengutachten in gekürzten selbstständigen Beweisverfahren eingeholt werden. Der Streitschlichter gibt sodann eine juristische Stellungnahme mit Votum ab.

Den Streitschlichter muss der Unterlegene bezahlen, wenn das Votum des Streitschlichters mit dem Urteil der ersten Instanz übereinstimmt. Im Übrigen trägt die Staatskasse die Kosten. Die Gebühren der Streitschlichtung müssen dem Arbeitsaufwand des Streitschlichters angepasst werden.

Die obligatorische außergerichtliche Streitschlichtung soll nur durch Juristen erfolgen. Es darf sich keine Paralleljustiz etablieren. In keinem Fall ist die Scharia Teil der deutschen Rechtsordnung, auch nicht bei kleineren Konflikten.



Landesverband Niedersachsen

IV. Wie wollen wir arbeiten?

Die Alternative für Deutschland bewahrt die Ideale der Aufklärung und stellt sich schützend vor sie. Wir lehnen Moralpolitik, die nicht wissenschaftlich fundiert ist, ab. Politische und religiöse Fanatiker, die ihren Moralismus über den Rechtsstaat stellen, bekämpfen wir konsequent.

Die Alternative für Deutschland steht in Opposition zu den Altparteien. Nur wenn sich diese wieder auf ihre Verantwortung für das Wohl unserer Nation besinnen, sind sie für uns als politische Partner vorstellbar.

Die AfD steht nicht als Juniorpartner für eine Koalition zur Verfügung und kämpft daher für eine eigene Mehrheit. Solange diese nicht erreicht ist, werden wir im Landtag die einzige echte Oppositionspartei sein.

Wir wollen uns treu bleiben, Standhaftigkeit beweisen und für unsere Sachargumente werben. Dann werden wir für uns und die Menschen in unserem Land auch die Mehrheit gewinnen.